

Wortprotokoll / Protokoll

der öffentlichen Sitzung
des Kulturausschusses

Sitzungsdatum: 4. Dezember 2018
Sitzungsort: Hamburg, Rathaus, Raum 151
Sitzungsdauer: 17:03 Uhr bis 20:58 Uhr
Vorsitz: Abg. Gabi Dobusch (SPD)
Schriftführung: Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung: Dr. Monika Potztal

Tagesordnung:

1. Drs. 21/11843 Realisierung einer würdigen Dokumentations- und Gedenkstätte im Stadthaus
(Antrag Fraktion DIE LINKE)
2. Drs. 21/14141 Bibliotheken als Kultur- und Begegnungsstätten die Sonntagsöffnung ermöglichen
(Antrag CDU)
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Gabi Dobusch (SPD)
Abg. René Gögge (GRÜNE)
Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Gerhard Lein (SPD)
Abg. Jens Meyer (FDP)
Abg. Ralf Niedmers (CDU)
Abg. Dr. Christel Oldenburg (SPD)
Abg. Wolfgang Rose (SPD)
Abg. Hansjörg Schmidt (SPD)
Abg. Dr. Isabella Vértes-Schütter (SPD)
Abg. Dietrich Wersich (CDU)
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Peri Arndt (SPD)
Abg. Birte Gutzki-Heitmann (SPD)
Abg. Wolfhard Ploog (CDU)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Kultur und Medien

Herr	Senator	Dr. Carsten Brosda
Frau	Ang.	Iris von Barga
Frau	Ang.	Dr. Annette Busse
Herr	Ang.	Dr. Detlef Garbe

Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen

Frau	Direktorin	Hella Schwemer-Martienßen
------	------------	---------------------------

IV. Auskunftspersonen

Frau Katja Karger (DGB Hamburg)
Frau Cornelia Kerth (VVN)
Herr Wolfgang Kopitzsch (Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten)
Herr Prof. Dr. Hans-Jörg Czech (Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte)

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei: Dr. Monika Potzta

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit: 26 Personen

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die CDU-Abgeordneten konstatierten, es gebe einen neuen Sachstand zum Thema Denkmalschutz und City-Hof, nachdem der Senat verkündet habe, dass eine quasi

„Unbedenklichkeitsbescheinigung“ der UNESCO für den Abriss vorliege, und noch am selben Abend eine gegenteilige Stellungnahme von ICOMOS eingetroffen sei. Daher beantragten sie, in der aktuellen Sitzung eine Selbstbefassung zu diesem Thema durchzuführen.

Die Vorsitzende wies darauf hin, dass die Tagesordnung nur bei Einstimmigkeit erweitert werden könne.

Die SPD-Abgeordneten erklärten, dass sie, wie auch die Fraktion der GRÜNEN, bereits mitgeteilt hätten, einer Selbstbefassung zu diesem Thema im Kulturausschuss nicht zuzustimmen, weil es immer sehr ausführlich im Stadtentwicklungsausschuss beraten und auch entschieden worden sei, dass die Federführung dort liegen solle. Den Vorschlag der CDU-Abgeordneten lehnten sie daher ab.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bezeichnete die Entscheidung der Abgeordneten von SPD und GRÜNEN als sehr nachteilig, weil der Stadtentwicklungsausschuss erst in 2019 wieder tage und dadurch die aktuell notwendige Diskussion nicht stattfinden könne. Da Denkmalschutz und Weltkulturerbe zentrale Anliegen des Kulturausschusses darstellten, erscheine ihm der Verweis auf die Zuständigkeit des Stadtentwicklungsausschusses als ein Weg, dieses für Rot-Grün unangenehme Thema hier zu umgehen, was er missbillige.

Auch der FDP-Abgeordnete äußerte sein Missfallen über die Haltung der Regierungsfractionen zu dem Antrag der CDU-Abgeordneten. Er sei erstaunt darüber, denn die von den CDU-Abgeordneten dargelegten und auch der Presse zu entnehmenden Widersprüche müssten doch auch von SPD und GRÜNEN als solche wahrgenommen werden und Fragen aufwerfen, die sie nicht guten Gewissens ignorieren und ins nächste Jahr verschieben könnten. Abgesehen davon sei es völlig unstrittig, dass der Denkmalschutz in das Ressort der Behörde für Kultur und Medien (BKM) falle und somit ohne jeden Zweifel im Kulturausschuss zu behandeln sei.

Der Abgeordnete der GRÜNEN berief sich darauf, dass man sich entschieden habe, dass die Befassung mit dem Projekt City-Hof federführend im Stadtentwicklungsausschuss liege. Bekanntermaßen liege auch keine neue Drucksache dazu vor. Die Interpretation der CDU-Abgeordneten, dass es sich bei der Meldung von ICOMOS um ein entschiedenes Dementi handele, teile er nicht. Vor diesem Hintergrund sehe er keinen ausreichenden Anlass, das Thema aktuell auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Antrag der CDU-Abgeordneten wurde somit nicht einstimmig befürwortet.

Die Vorsitzende erklärte sodann, dass die Senatsvertreterinnen und -vertreter mitgeteilt hätten, unter dem TOP „Verschiedenes“ zu dem Thema etwas ausführen zu wollen.

Daraufhin stellten die CDU-Abgeordneten fest, dass die Vorgänge für sie immer absurdere Züge annähmen: Wenn die Vorsitzende die Information darüber habe, dass die Senatsvertreterinnen und -vertreter in der aktuellen Sitzung von sich aus das Thema ansprechen wollten, wäre es gut gewesen, dies den Obleuten vor der angestrebten Verständigung über die mögliche Erweiterung der Tagesordnung mitzuteilen. Sie fühlten sich verschaukelt, das gewählte Vorgehen mache sie sprachlos.

Der FDP-Abgeordnete stimmte dem zu. Wenn zudem zu hören sei, dass es sich um ein Thema für den Stadtentwicklungsausschuss handele und nun der Senator der BKM dazu sprechen wolle, sei dies vollkommen inkonsequent. Er sei ein weiteres Mal entsetzt und erschüttert darüber, wie die Regierungsfractionen mit dem für die Stadt so wichtigen Thema umgingen.

Zu TOP 1: Wortprotokoll

Vorsitzende: Ich rufe jetzt auf TOP 1, Drucksache 21/11843: Realisierung einer würdigen Dokumentations- und Gedenkstätte im Stadthaus, Antrag der LINKEN. Als Auskunftspersonen gemäß Paragraf 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft sind hierzu von dem Beirat für die Einrichtung der Gedenkstätte und des Lernorts Stadthaus benannte Mitglieder eingeladen. Die Obleute der Fraktionen hatten sich ja im Vorfeld darüber verständigt, den Beirat zu bitten, drei bis vier Personen zu benennen. Üblicherweise benennen die Fraktionen direkt spezifische Personen. Herr Strengé wiederum hat mir als Ausschussvorsitzender mitgeteilt, dass dies geschehen ist und der Beirat sich auf folgende Personen als Auskunftspersonen verständigt hat: Und zwar zum einen Frau Katja Karger, DGB Hamburg, herzlich willkommen, Frau Cornelia Kerth, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, herzlich willkommen auch Sie, Herrn Wolfgang Kopitzsch von der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, willkommen, und Herrn Professor Dr. Hans-Jörg Czech, Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte.

Des Weiteren hat es aber eine kleine Unsicherheit darüber gegeben, wie umzugehen ist mit der Person, die im Beirat die Funktion der Moderation übernommen hat. Herr Strengé hatte mir mitgeteilt, dass er davon ausgegangen war, dass er auch als Moderator heute Rederecht bekäme. Nun sind aber benannt worden vier Mitglieder, das ist auch an die Fraktionen so gegangen, das heißt, wir müssten - oder ich würde jetzt vorschlagen, dass wir uns kurz noch einmal darüber verständigen, ob Herr Strengé ebenfalls sich heute äußern kann, ja oder nein. Zu Ihrer Erklärung: Dieses ist eine Sachverständigenanhörung und keine öffentliche Anhörung, das heißt, wir können nicht aus dem laufenden Ausschuss heraus einfach unseren Gästen das Wort erteilen.

Herr Hackbusch.

Abg. Norbert Hackbusch: Ich habe vorher erst einmal die Frage, wieweit wir Wortprotokoll machen zu dieser Angelegenheit. Weil ich glaube, das ist ganz üblich, auch bei diesen Sachen, dass wir das machen. Nur dass wir das gleich am Anfang machen, das wäre das ...

Vorsitzende: Ja. Da spricht nichts dagegen, das machen wir.

Abg. Norbert Hackbusch: Dann ist gut.

Vorsitzende: Herr Wersich.

Abg. Dietrich Wersich: Ich hätte zum anderen eine Frage zur Rolle von Herr Professor Czech, ob er in dem Beirat eigentlich als Vertreter der Stadt und des Senats ist oder ob er sozusagen als sachkundige Person mit seinem Hintergrund ... Weil das die Frage berührt, ob er heute in der Anhörung sozusagen als Privatperson mit Kompetenz spricht oder ob er als Senatsvertreter spricht. In letzterem Falle wäre es wahrscheinlich klüger, wenn Herr Czech sozusagen nicht für den Beirat sprechen würde, sondern möglicherweise auch im Anschluss für den Senat, und dann hätte der Beirat ja auch die Möglichkeit, die Personen, die für ihn sprechen, zu erweitern.

Vorsitzende: Also ...

Abg. Dietrich Wersich: Wenn da so ist. Aber vielleicht ist das ... Ich nehme einmal an, dass das geklärt ist, weil man für so etwas dann ja auch immer so Auskunftsgenehmigungen braucht. Vielleicht kann das nur vorher noch einmal fest- und dargestellt werden.

Vorsitzende: Also vielleicht von meiner Seite aus, ich bin davon ausgegangen, dass das geklärt ist. Wir haben den Beirat angeschrieben und gebeten, aus den Mitgliedern des

Beirats Personen zu benennen, die für den Beirat sprechen. Tja, und in dieser Funktion ist Herr Czech auch hier erschienen. Wenn da irgendetwas jetzt anders verstanden worden sein sollte, bitte ich um Information. Nein. Glaube ich, die Frage ist geklärt.

Abg. Dietrich Wersich: Nein, die Frage ist nicht geklärt. Meine Bitte wäre, dass er das vielleicht nur einmal hier für uns darstellt. Weil, alles andere, was wir sagen, sind Mutmaßungen. Also es geht jetzt tatsächlich darum, dass wir das einmal hören. Sie kennen ja die Geschäftsordnung, Sie kennen ja auch die Regeln des Senats, was die Benennung von Auskunftspersonen angeht, und deswegen sollte das, glaube ich, an dieser Stelle geklärt sein, weil das wichtig ist, um das, was Herr Czech beiträgt, dann möglicherweise auch entsprechend richtig einordnen zu können.

Vorsitzende: Herr Hackbusch möchte auch zu dieser Sache sich noch äußern.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, mir ist es noch einmal wichtig, warum das für uns wichtig ist, diese Fragestellung. Der Beirat ist ja für eine kritische Situation, die wir insgesamt in dieser Fragestellung haben, eingerichtet worden. Diese kritische Situation, hat selbstkritisch der Senator ja auch dargestellt, liegt unter anderem dadurch, dass die ... in der Kulturbehörde bestimmte Defizite gemacht ... also entstanden sind, man sich nicht früh genug drum gekümmert hat und dementsprechend aufgrund dieser schwierigen Kommunikationslage auch den Beirat eingerichtet hat.

Dementsprechend ist es für uns ja auch wichtig, dass wir eine unabhängige Stimme des Beirates hören hier. Und da ist natürlich die wichtige Frage von Herrn Czech, so sehr ich ihn persönlich ja schätze, inwieweit er als unabhängige Person da ist oder inwieweit er natürlich weisungsbefugt von der Kulturbehörde da ist. Das ist für uns natürlich in der Einschätzung dessen, was Sie sagen und was Sie hier darstellen, eine sehr wichtige Sache. Weil, uns ist das Wichtige – dafür haben wir uns gefreut, dass es den Beirat gibt –, eine unabhängige Position zu hören, damit wir hier darüber weitergehend beraten können, was eigentlich da noch zu machen ist. Deswegen ist es nicht eine Frage von ... also ist einfach für uns eine wichtige Einschätzung dessen, wie wir praktisch diese Anhörung für uns organisiert haben. Ansonsten ist es ja richtig, wir haben eine Expertenanhörung für uns organisiert und gesagt, wir wollen eine Expertenanhörung haben.

Mir ist der Prozess nicht so ganz deutlich geworden, wie der Beirat zu seinen vier Vertreterinnen und Vertretern gekommen ist, weil, das würde mich auch noch einmal interessieren, weil, ich habe da einiges sehr Unterschiedliches gehört. Die Vorsitzende hat mir auch gesagt, dass einige Informationen manchmal spät rübergekommen sind, dass es die Beiratssitzung nicht genau besprochen hat, sondern wie eigentlich die Auswahl, würde mich als Zweites einmal interessieren, nur damit wir wissen, normalerweise geben wir eine Expertenanhörung nicht so an einen Beirat, sondern sagen wir, die verschiedenen Fraktionen bestimmen jemanden. Wir haben das dieses Mal anders gemacht und deswegen ist uns das Procedere auch wichtig, was dort im Vorhinein gelaufen ist.

Vorsitzende: Im Moment habe ich halt den Eindruck, wir sollten bei den üblichen Prozeduren bleiben. Alles andere führt nur zu Verwirrung. Aber, gut, wir versuchen, das zu klären. Herr Senator, vielleicht frage ich zunächst einmal bei Ihnen nach: Ist Herr Czech sozusagen von Ihrer Seite aus benannt als Vertreter der Stadt oder kann er sich frei äußern als Beiratsmitglied? Vielleicht könnten Sie bei dem Punkt zur Klärung beitragen.

Senator Dr. Brosda: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wenn ich es richtig verstehe, geht es ja um den Satz in der Geschäftsordnung, in dem drinsteht, dass Beschäftigte der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg einer Genehmigung durch ihre Behörde bedürfen. Nun fängt es schon damit an, dass Herr Czech kein Beschäftigter der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg ist, sondern Direktor eines Museums innerhalb eines öffentlich-rechtlichen, aber unabhängigen Museumsstiftungsverbandes, und insofern schon deshalb

nicht unter diese Regelung fällt. Und natürlich ist er hier nicht als in irgendeiner Art und Weise an Weisungen gebundenes sozusagen Mitglied einer Verwaltung hier, sondern als unabhängiger Museumsdirektor, der im Übrigen im Prinzip sogar Artikel 5 bis hin zur Kunstfreiheit für sich sozusagen in Anspruch nehmen kann und das auch ausdrücklich tut in diesem Verfahren. Insofern gibt es keinerlei Weisungen und keinerlei Abhängigkeit, die an der Stelle in einer unabhängigen Begleitung im Beirat aufgrund seiner historischen ... seine Expertise einschränken.

Vorsitzende: Herr Czech, möchten Sie dem noch etwas hinzufügen?

(Zuruf Herr Czech)

Gut. So.

(Zuruf Herr Czech)

Gut, dann haben wir zumindest diesen Punkt einigermaßen geklärt. Moment. Zur weiteren Frage, wie überhaupt die Benennung zustande gekommen ist, da würde ich jetzt schon ganz gern den Moderator des Beirates mit einbeziehen in die Findung der Antwort auf diese Frage. Aber diese Frage haben mir jetzt die Fraktionen noch nicht beantwortet. Also, können wir Herrn Strengge mit einbeziehen und ihm auch Rederecht erteilen? Sind Sie damit einverstanden? Gibt es da Widerspruch? Den sehe ich nicht. Wunderbar. Herr Strengge, dann können Sie sitzenbleiben, wo Sie sitzen, aber gern kommen Sie nach vorn, das macht dann vielleicht bildlich deutlicher, wie das einzuschätzen ist.

Und vielleicht frage ich Sie dann auch gleich als Moderator des Beirates, wie aus Ihrer Sicht die Benennung nun vonstattengegangen ist.

Herr Strengge: Ja, Frau Vorsitzende, vielen Dank, auch an die Ausschussmitglieder, dass ich hier reden darf. Wir haben uns auf der letzten Beiratssitzung auf die vier Namen verständigt, die hier heute auch zugegen sind, es gab aber eine Hilfsbetrachtung, weil Frau Karger noch nicht sicher war, ob sie es heute schaffen wird. Und für diesen Fall war dann an Frau Dr. Rürup und Frau Dr. Heinsohn gedacht, die sich abstimmen wollten. Aber wie Sie sehen, ist dieser Eventualfall dann im Ergebnis nicht eingetreten, und insofern sitzen jetzt die vier Damen und Herren hier, die wir in der siebten Sitzung im November benannt hatten.

Vorsitzende: Gut, dann ist das jetzt vielleicht auch der richtige Moment, um allen mitzuteilen, dass Frau Karger mir mitgeteilt hat, dass sie um Viertel nach sieben ... vor, Viertel vor sieben uns verlassen muss. Also sehen Sie das bitte nicht als Affront oder Nichtinteresse, sondern sie hat einfach einen Folgetermin, insofern habe ich jetzt einfach die Gelegenheit genutzt, schon einmal darauf hinzuweisen.

Gut. Gibt es jetzt noch weitere Wortmeldungen? Herr Wersich.

Abg. Dietrich Wersich: Ja, also wir haben ja ein Wortprotokoll und ich werde mir die Worte von Herrn Senator Brosda einrahmen, weil, es ist tatsächlich ja eine Veränderung der Haltung des Senats, denn bisher konnten wir die Museumsdirektoren nicht als selbstständige Personen in Anhörungen der Ausschüsse berufen. Aber diese grundsätzliche Auffassung, die da verkündet worden ist, bedeutet für uns zukünftig sicherlich eine Erweiterung der Möglichkeiten, direkt mit den Museumsdirektoren auch im Ausschuss über die Lage der Museen zu diskutieren. Insofern bin ich dafür sehr dankbar.

Vorsitzende: Herr Gögge.

Abg. René Gögge: Vielen Dank. Aber ich kann den Worten von Herrn Wersich nicht ganz folgen, weil wir gerade gehört haben vom Senator, dass Herr Czech ja als Mitglied des

Beirats geladen ist und nicht als Direktor eines Museums. Das ist er auch, aber das ist nicht seine Funktion, in der er hier geladen ist. Insofern sehe ich überhaupt keine Änderung und möchte das auch gleich einmal festhalten, dass ich keine Änderung sehe. Nicht, dass das hier irgendwie noch falsch aufgenommen wird ins Protokoll.

(Zuruf)

Vorsitzende: Gut. So. Bevor wir jetzt in die tatsächliche Befragung einsteigen, frage ich noch einmal: Herr Senator, gibt es ansonsten noch etwas, was Sie uns vorab mit auf den Weg geben können, eine neue Entwicklung, einen weiteren Hinweis? Das ist jetzt sozusagen die Gelegenheit.

Während Sie noch überlegen, kann ich die Abgeordneten darauf hinweisen, dass da vorn Material hinterlegt wurde vom Beirat, von Initiativen, schön in Umschläge verpackt. Bitte, falls Sie den Raum verlassen wollen - es kommt ja auch bei Abgeordneten ab und zu vor, dass jemand uns früher verlässt -, bedienen Sie sich, nehmen Sie das mit.

Und vielleicht der Hinweis an die Auskunftspersonen: Ihnen werde ich im Anschluss dann die Gelegenheit geben, erst einmal mit einem Statement einzusteigen.

Aber Herr Senator.

Senator Dr. Brosda: Ja, vielleicht nur ganz kurz. Wir hatten die Thematik ja vor gut einem halben Jahr schon einmal in einer Ausschusssitzung und haben damals ja auch berichtet, dass das ein Prozess ist, in dem viele Personen miteinander gut arbeiten müssen, damit wir am Ende zu einem Ergebnis kommen können, von dem wir ausgehen können, dass es - das waren die Worte, die wir damals verwendet haben - angemessen und würdig auch sozusagen mit Blick auf die Gestaltung des Gedenkortes vorstattengehen kann. Ich kann feststellen, dass wir uns immer noch mitten in diesem Prozess befinden und ich mich nicht in der Lage sehe, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, das ist auf der sicheren Bahn, sondern wir haben da noch viel gemeinsame Arbeit miteinander vor uns. Ich bin dem Beirat auch ausgesprochen dankbar, dass er trotz aller auch grundsätzlichen Kritik an den Rahmenbedingungen, unter denen wir hier arbeiten, am Ende des Tages aber immer wieder die Kraft findet, sich dann auch den Themen der Gestaltung des Gedenkortes in seinen verschiedenen Facetten zuzuwenden und uns wertvolle und hilfreiche Hinweise und Impulse zu geben, die dann umzusetzen sind und auch gegebenenfalls von der Behörde für Kultur und Medien und der städtischen Verwaltung durchzusetzen sind.

Ich will auf ein paar Aspekte hinweisen, in denen wir an der Stelle auch schon ein Stück vorangekommen sind, und das durchaus auf Initiative des Beirates. Es war relativ früh eine Anregung aus Kreisen des Beirates, dass wir eine künstlerische Intervention vor dem Gedenkort in den öffentlichen Straßenraum hineinbringen, um auch noch einmal eine andere öffentliche Markierung zu ermöglichen. Ein entsprechender, sozusagen künstlerischer Wettbewerb ist mittlerweile konturiert, befindet sich in der Vorbereitung. Noch in diesem Jahr werden Künstlerinnen und Künstler angesprochen werden. Die Bürgerschaft hat bereits die Mittel für den Wettbewerb und für die Realisierung des Kunstwerkes in Höhe von 250 000 Euro zur Verfügung gestellt. Eine Fläche im Stadtraum von 3 mal 5 Metern, die zu 2 mal 5 Metern auch genutzt werden kann und bis zu einer dann auch ja durchaus erheblichen Höhe von bis zu 3 Metern für das Kunstwerk, ist bereits unmittelbar vor dem Lernort auch dediziert worden, sodass dort ein entsprechendes Kunstwerk im Laufe des kommenden Jahres aufgestellt werden kann.

Wir haben zweitens einen Antrag, der den Fraktionen mittlerweile auch bekannt sein müsste, vonseiten der Koalitionsfraktionen zur Einrichtung einer Stelle, die vor allen Dingen die wissenschaftliche Begleitung des Gedenkortes organisieren soll und sich auch um die inhaltliche Konturierung und Arbeit in dem Gedenkort von oder aus der KZ-Gedenkstätte

Neuengamme heraus - dort wird die Stelle angesiedelt sein - in den kommenden Jahren auch um die inhaltlichen Fragen noch einmal kümmern zu können, um auch da sicherzustellen, dass wir die Expertise entsprechend zur Verfügung stellen können. Ich glaube, dass es eine ganz wesentliche Ergänzung zu der Arbeit ist, die Herr Garbe, Herr Diercks und viele andere in der Gedenkstätte auch jetzt schon leisten.

Wir haben dann drittens die Diskussion darüber, ob es einen Raum geben kann, der gegebenenfalls von Gruppen genutzt werden kann, die nach einem Besuch des Gedenkortes noch die Möglichkeit brauchen, beispielsweise Schulklassen, das zu besprechen, zu diskutieren und zu bearbeiten. Dort sind wir in Gesprächen miteinander, haben aber den Hinweis bekommen, dass auch ein solcher Ort zur Verfügung, Raum zur Verfügung gestellt werden kann, so er denn gebraucht wird. Wir sind ansonsten in der konzeptionell-inhaltlichen Gestaltungsarbeit, die vom Beirat dann ja auch eng kritisch begleitet wird, was die verschiedenen Aspekte der Konzeption des Gedenkortes angeht, wo es eben um die Frage des öffentlichen Gedenkens an einem Kunstwerk vor dem Lernort, dem Gedenkort angeht, die Gestaltung der Fläche im Gedenkort selbst, wo es vorwiegend dann ja um die Täterperspektive innerhalb des Komplexes Stadthaus gehen soll. Wir haben auf dem sogenannten Arkadengang die Möglichkeit - auch das ist in Vorbereitung - , die Baugeschichte des Hauses, wo ja dann die NS-Zeit kontextualisiert wird, darzustellen. Es gibt erste Überlegungen, wie der sogenannte Seufzergang eingebunden werden kann als ein Ort des stillen, individuellen Gedenkens, vor allen Dingen der Opferperspektiven. Und es gibt viele weitere Diskussionen darüber, wie wir es hinbekommen, diesen Ort tatsächlich auch zu einem Teil eines erleb- und erfahrbaren und sichtbaren Netzwerks von unterschiedlichen Gedenkortorten innerhalb der hamburgischen Innenstadt zu machen und dort auch perspektivisch mit dem zu erarbeitenden Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof und auch weiteren, seien sie privat, seien sie staatlich betriebenen Gedenkortorten in der Stadt so zu vernetzen, dass er dort auch seine Einbettung findet.

Wie gesagt, alles das sind Initiativen, die im letzten halben Jahr laufen, die auch deshalb laufen und nur deshalb möglich waren, weil es eine entsprechende öffentliche Diskussion darüber gab, die uns in der Sache als Stadt dazu zwingt, uns mit unserer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ich glaube, auch das ist in diesem Prozess, so ruppig er öffentlich manchmal geführt wird, auch wichtig, dass wir diese Diskussion auch öffentlich und klar führen und an der Stelle auch Verantwortlichkeiten und Verantwortungen markieren. Ich hoffe einfach, dass es uns in diesem Prozess gemeinsam gelingt, am Ende des Tages einen Gedenkort zu schaffen, von dem sicherlich viele sagen werden, das ist nicht das, was ich mir ursprünglich vorgestellt habe, von dem aber hoffentlich auch viele sagen können, das hat jetzt zumindest eine Würde und eine Angemessenheit, die sagen können, damit komme ich klar, und das ist als Teil eines lebendigen Netzwerks von Gedenkortorten in der hamburgischen Innenstadt ein wichtiger Beitrag dazu, eine Facette zu beleuchten, die die Stadt über Jahrzehnte hinweg sträflich vernachlässigt hat. Insofern: Auf dem Weg, würde ich sagen. Aber das machen wir ja noch einmal in der Senatsbefragung ausführlich an einer anderen Stelle. – Schönen Dank.

Vorsitzende: Ja, danke, Herr Senator. Nun habe ich überlegt, ob ich mit den Damen anfangen oder mit Ihnen, Herr Streng. Ich fange jetzt doch rechts an mit Ihnen und vielleicht könnten Sie auch zu Anfang zwei, drei Worte verlieren zur Aufgabe des Beirats. Weil, das ist vielleicht doch nicht allen hier bekannt.

Herr Streng: Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, das will ich gern tun. Der Beirat geht ja zurück auf einen runden Tisch, über den Herr Senator Dr. Brosda im Ausschuss im März berichtet hat. Er hat eine Zusammensetzung 5:5 plus 1, das heißt, fünf Mitglieder eher von der wissenschaftlichen Seite - dazu gehört Herr Professor Czech, Frau Dr. Rürup, Frau Dr. Heinsohn, Herr Linck von der Evangelischen Akademie der Nordkirche und Herr Diercks von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme - und fünf Mitglieder sozusagen von Initiativen, die mit dem Thema zu tun haben: Da ist zu nennen Frau Katja Karger, denn

es war ja die Gewerkschaft ÖTV, die 1981 die erste Gedenktafel dort errichtet hat. Ich selbst war Oberregierungsrat in der Baubehörde und gehörte der Gewerkschaft an und weiß das ja noch sehr genau, auch wenn das 37 Jahre her ist. Insofern, eine Vertreterin des DGB Hamburg, dann Frau Cornelia Kerth von der VVN, Herr Wolfgang Kopitzsch von der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Frau Maria Koser von der Stolperstein-Initiative und Herr Uwe Leps vom Förderkreis Stadthaus.

Und ich sollte die Sache moderieren und wir haben uns dann wenige Tage nach Ihrer Ausschusssitzung zusammengesetzt. Gleich in der ersten Beiratssitzung zeigt sich das, was sich immer wieder durchtrug, dass man nämlich ein bisschen ungeduldig zerrte an den Verabredungen und an den vertraglichen Regelungen, die mit Quantum getroffen worden waren, und an diesem Dreiklang Buchhandlung, Café, Gedenkort, 75 Quadratmeter plus Arkadengang plus Seufzergang. Wir sind dann trotzdem gestartet und hatten in der zweiten Sitzung Herrn Senator Brosda freundlicherweise zu Gast, der noch einmal die Aufgabe des Beirats skizziert hat, zunächst schriftlich, aber dann auch in unserer Anwesenheit mündlich, wie er es auch eben gesagt hat, dass wir sozusagen Ideengeber sind, dass wir auch bewerten sollen, was dann an Objekten nachher kommt und wie die Verteilung ist. Dann haben wir uns ans Werk gemacht, und in der Phase damals war ja noch nicht etwas eröffnet, sondern wir hatten eine Baustelle. Die haben wir uns angeguckt als Baustelle und merkten schon, das ist man ziemlich wenig Platz. Dann hat die KZ-Gedenkstätte Neuengamme den Vorschlag gemacht, von der Ausstellung, die ja hier im Hamburger Rathaus wenige Jahre zuvor über das Stadthaus zu sehen war, als Provisorium zunächst einmal den Gedenkort herzurichten. Da haben wir dann noch einige Veränderungen erbeten. Zum Beispiel wurde ... in dem Schaufenster befindlichen Persönlichkeiten wurden dann mit Fäden zugeordnet im Stadtplan, wer das eigentlich ist. Und wie man die Wände auch mit Video bespielen kann. Aber jedem war klar, das ist nur ein Provisorium.

Dann ging es in der nächsten Phase darum zu überlegen, wenn es denn erst einmal nur um diesen Raum geht, um den Arkadengang und um den Seufzergang, die Seufzerbrücke, dann muss aber mit Quantum noch einmal über die Flächen geredet werden. Das haben wir von Herrn Senator Dr. Brosda dann dringend erbeten, das ist auch passiert, und da hat sich dann immer ein bisschen schrittweise etwas bewegt, aber da will ich ganz offen sagen, das werden Sie nachher aus den Stellungnahmen der Kollegen vielleicht noch deutlicher hören, dass das etwas schwierig war, weil es ja natürlich Vertragsverhältnisse gibt, in die wir dann letztendlich im Detail auch mit der Buchhandlung so nicht Einblick nehmen konnten.

In dieser Phase entstand dann die Idee, man muss aber, um auf diesen Ort hinzuweisen, im Straßenraum - der gehört ja nicht Quantum, sondern uns, wenn ich das für die Stadt so sagen darf - dort muss man diesen großen Stolperstein, und nicht nur dort, sondern an allen anderen Eingängen auch, errichten und erlebbar machen, und hier hat sich im Laufe der Beiratssitzungen, wir hatten jetzt die siebte, so die Kontinuität dann doch ergeben, dass Geld zur Verfügung gestellt wurde, dass ein Auslobungstext für einen Wettbewerb in Gang gekommen ist, an dem auch ein Beiratsmitglied mitwirken kann, auch im Preisgericht, das dann nachher erfolgt, das organisiert die Kulturbehörde, aber wenn man eindampft von 47 Künstlern, die eine Interessenbekundung abgeben, auf nachher dann diejenigen, die dann in die engere Wahl kommen, an all dem ist der Beirat beteiligt und will auch weiter daran mitwirken.

Dann stellte sich die Frage, wenn das Provisorium nun da ist, was soll denn endgültig passieren. Und das ist ein schwieriges Thema. Die Agentur Gies ist ja von Quantum beauftragt worden, hier Vorschläge zu machen, aber natürlich immer in Abstimmung, enger Abstimmung mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Das passiert auch. Da gibt es im Beirat unterschiedliche Auffassungen, ob eigentlich diese Arbeit, in Führungszeichen, lohnt und man sich damit beschäftigen soll, oder ob man nicht sagen kann, das wird von vornherein mit der großen Themenpalette der Dienststellen und der Täter und Opfer vom Stadthaus so

gar nicht möglich sein. Das ist so ein bisschen wie mit dem Glas, das halb voll oder halb leer ist.

Wir haben Herrn Professor Nachama von der Topografie des Terrors dagehabt, der auch Interessantes berichtete und am Ende sagte, ehe man gar nichts hat als Beirat und da gar nicht mittut, plädiert er doch eher dafür, an dieser Stelle mitzutun. Und wenn am Ende herauskommt, also, es hat sich gezeigt, das ist viel zu wenig, es muss nach weiteren Räumen und Orten gesucht werden, denn ein Lernort, das ist ja der Terminus technicus, der ... dazu ist dieser Ort nach einhelliger Auffassung des Beirats so nicht geeignet, der ja mit einem Vorhang von der Buchhandlung dort abgetrennt ist. Es haben sich ja auch schon erste Konflikte ergeben. Wenn abends eine Lesung in dem Lesesaal ist und am nächsten Morgen kommt der Landesjugendring und möchte da gern die Sachen begucken und die Stühle sind nicht weggeräumt und so, da ist also viel auch praktischer Regelungsbedarf, der noch ein bisschen unklar ist.

Sodass man dann aber im Ergebnis sagen kann, beim Thema Stolperstein Kunstwerk tut sich etwas, beim Thema Brückenarkade tut sich, so wie wir hören, auch hinsichtlich der Möglichkeit, in diese Passage etwas noch zu platzieren und nicht nur an einer Säule ein Bild aufzuhängen oder ein Plakat, auch etwas, damit dort nicht die Kleiderständer von Hennes&Mauritz stehen, sondern man merkt, wo man eigentlich hier ist. Und im Seufzergang muss noch ein bisschen besser überlegt werden, wie eigentlich die Zugänglichkeit ist.

Wir werden das weiter begleiten. Es kann aber sein - das wird sich gleich vielleicht auch bei den Damen und Herren noch ergeben -, dass ein Teil der Beiratsmitglieder sagt, also die Weiterarbeit an den 75 Quadratmetern und die Füllung derselben, das ist eine Sache, die wollen wir so nicht weiter begleiten, aber es gibt genug andere Themen, die in der Beiratsarbeit lohnen. Vielleicht soweit. – Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Streng. Dann quotiere ich jetzt einfach, soweit das reicht, die Damen dazwischen. Frau Karger, dann haben Sie als Nächstes die Möglichkeit.

Frau Karger: Ja, vielen Dank. Ich freue mich sehr tatsächlich, hier zu sein. Ich repräsentiere ja, das hat Herr Streng ja kurz skizziert ... Die Gewerkschaften haben eine Menge ihres eigenen Personals und ihrer Mitglieder im Stadthaus verschwinden sehen in den Jahren, und deswegen ist die Erinnerung an das, was da geschehen ist, auch tatsächlich für uns sehr, sehr wichtig.

Ich bin Herrn Streng ganz dankbar, um einmal den Rahmen gezogen zu haben sozusagen über die Beiratsarbeit im vergangenen Jahr, weil, tatsächlich ist das eine sehr ambivalente Angelegenheit, und Herr Brosda hat das so schön mit „Wir sind auf dem Weg“ beschrieben. Ich muss hinzufügen, er ist gesät von Kopfsteinpflaster, Katzenköpfen und sonstigen Felsen, die im Wege stehen. Weil das Problem an diesem Ort ist, dass es ein Gedenk- und ein Lernort hätte werden sollen, und dass so, wie es im Moment sich darstellt, es ein Konsumort geworden ist und wir im Beirat sehr viel darüber diskutieren - oder eigentlich muss man darüber auch in dem Beirat kaum mehr diskutieren -, würdig ist tatsächlich etwas anderes. Auf diesen 70 Quadratmetern kann das, was die Fachleute unter einem Lern- und Gedenkort verstehen, nicht hergestellt werden.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass es da eine solche Präsenz gibt an diesem Ort, das heißt, dass darauf hingewiesen wird, dass dieses Haus eine Geschichte hat, auch, dass darauf hingewiesen wird, welche Geschichte dieses Ensemble hat. Von daher ist es gut und richtig, da eine Ausstellung zu konzipieren und da auch herzustellen. Das Problem, was uns da begegnet als Beirat in der Begleitung ist, dass, was sich bisher abzeichnet, auch bei einem sehr ausgeklügelten Konzept, ist, dass wir nur maximal 10 Zentimeter von der Tiefe, die wir bräuchten, dort erreichen können, weil man natürlich auf diesen flexiblen

Räumlichkeiten das, was dahintersteckt an Geschichte und was dargestellt werden müsste, so umfänglich nicht dargestellt werden kann.

Das heißt, wir machen, ja, kleine Fortschritte, aber es bleibt die Grundskepsis, und die auch bis zum heutigen Tage nicht gelöst ist, wie kann denn eine Perspektive aussehen. Wenn wir sagen, wir nehmen als Stadtgesellschaft das hin, dass das kein Lernort ist und dass das auch kein Gedenkort ist, das auch nicht sein kann, aber dass es zumindest ein Ort ist, der allen, die zufällig daran vorbeikommen und im Café einen Kaffee konsumieren und im Buchladen ein Buch konsumieren, können dann zumindest auch Geschichte konsumieren, und vielleicht schaffen wir es auf diesem Wege, darauf zu verweisen, dass es noch andere Orte gibt, an denen das vertieft werden kann, und dass es Orte gibt, an denen ein angemessenes Gedenken und Lernen auch stattfinden kann. An der Perspektive arbeiten wir im Moment noch. Da gibt es noch nichts, von dem der Beirat im Moment sagen könnte, dass er zufrieden damit wäre.

Zwei, drei Hinweise zu den konkreten anderen Themen, die im Beirat auch noch besprochen werden. Das eine ist das Thema Kunstwerk, da ist vonseiten des Beirats, also zumindest aus unserer Sicht, des DGBs, wichtig, dass tatsächlich die Intervention in den öffentlichen Raum nicht nur über das eine wesentliche Kunstwerk sozusagen vor den Türen der Buchhandlung geschieht, sondern an unterschiedlichen Orten auf dem gesamten Gelände, dass an mehreren Stellen darauf hingewiesen wird, dass dieser Ort eine Geschichte hat und welche Geschichte er hat.

Wichtig ist auch noch für die Beratung, an der wir im Moment noch dran sind als Beirat, dass das, was bisher als Räumlichkeit diskutiert wird für Gruppen, ein Klassenraum, wenn man so will, also ein Raum, in dem Stühle und Tische stehen, wo man miteinander reden kann, was ja auch tatsächlich in den bisher vorgesehenen Räumen nicht möglich ist, nicht ausreichend ist, um den Namen Lernort verdient zu haben. Und auch da sind sich die meisten Experten der Beiratsrunde einig, dass das zu wenig ist, wenn wir einfach nur einen leeren Raum hinstellen, in dem man sich zusammensetzen kann. Also auch da wird es noch eine Menge zu tun geben.

Also aus unserer Sicht ist das wirklich ein ... Das Kind ist eigentlich in den Brunnen gefallen, das muss man an dieser Stelle eigentlich sagen. Und das, worum sich der Beirat jetzt streitet, ist: Schaffen wir es, ein anständiges Schild an den Brunnen zu stellen, der zumindest darauf hinweist, dass da drin ein Kind liegt. Ja? Um einmal einen ganz hässlichen Vergleich zu machen. Aber es ist eine ganz ambivalente Diskussion und wir sind auch innerhalb des Beirats damit noch nicht fertig, ob das wirklich möglich ist, an diesen 70 Quadratmetern eine angemessene und eine würdevolle Erinnerung an das Geschehen im Stadthaus zu ermöglichen. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, wir danken Ihnen. Herr Kopitzsch, wollen Sie vielleicht die Reihe fortsetzen? Und dann würde ich Sie drannehmen, Frau Kerth.

Herr Kopitzsch: Sehr gern. Liebe Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Hans-Peter Strenge und Katja Karger haben ja schon einige Schwerpunkte hier benannt. Das kann ich nur unterstützen, was dort gesagt ist. Wir können uns hier über die Frage unterhalten, ob es 75 Quadratmeter sind, 70 oder tatsächlich 50. Die Einschätzung von Fachleuten ist eher, wir reden von 50 Quadratmetern, die man tatsächlich für Ausstellungen nutzen kann, und wir reden nicht ... Und das macht auch nichts. Der Arkadengang ist ein öffentlicher Durchgang, das muss man dazu auch sagen, der sogenannte Seufzergang, keiner weiß so genau, ob der tatsächlich so genannt wurde, weil das erst nach '45 als Begriff auftauchte, ist eben aus verschiedenen Gründen, auch aus Feuerschutzgründen, kaum zugänglich, das muss man auch sagen, also kann er auch nicht gezählt werden.

Der Kernpunkt ist, dass in der Tat bei der Vertragsgestaltung offensichtlich Unklarheiten entstanden sind und auch bei der Umsetzung der Vertragsgestaltung durch das Unternehmen Quantum. Denn ursprünglich war ja einmal die Absicht, von 750, das war eine Bruttofläche, dann ist runtergerechnet worden, irgendwann landete man bei 350 und so weiter. Sie kennen die Geschichte, ich muss Sie damit nicht noch zusätzlich langweilen.

Fakt ist allerdings auch, und jetzt könnte ich natürlich Herrn Nachama zitieren aus dem Beirat. In der Tat hat er gesagt zum Schluss, ja, man kann ja mitmachen und guckt mal. Davor hat er aber etwas anderes gesagt, und das ist ja auch öffentlich bekannt. Er hat nämlich gesagt, die Runterrechnung der Fläche ist für ihn schlicht und einfach, Zitat: „Betrug“. Zitatende.

Was mir wichtig ist als Vertreter einer Organisation, die, genauso wie die VVN, nach 1945 entstanden ist und die überwiegend noch Familienangehörige hat von Opfern, denn Zeitzeugen gibt es ja kaum, noch einmal darauf hinzuweisen auf das, was hier schon mehrfach gesagt wurde: Es geht um angemessen und würdig. Das, was derzeit in der Diskussion ist, und das hat Katja Karger gerade, glaube ich, sehr eindrucksvoll auch beschrieben und Hans-Peter Strenge auch angedeutet, es muss in der Tat würdig sein und den Menschen gerecht werden. Ich habe das, in Anführungsstrichen, große Glück gehabt, eine ganze Reihe von Menschen zu kennen, die im Stadthaus Opfer waren, in einigen wenigen Fällen auch tatsächlich mit Tätern gesprochen noch in meinen Forschungen vor fast über 40 Jahren zu der Thematik. Aber die Opfer, ich will die nicht alle erwähnen, aber einige von Ihnen kennen Otto Grot, der von seinen eigenen ehemaligen Kollegen dort gefoltert worden ist, der spätere Kripo-Chef Carl Breuer ist dort von ehemaligen Kollegen gefoltert worden, der ehemalige Polizeisenator, später Bürgerschaftspräsident in Hamburg, Adolph Schönfelder, ist dort von seinen ehemaligen Mitarbeitern gefoltert und gequält worden, und wir könnten diese Liste endlos fortsetzen.

Zwei erwähne ich dann aber doch noch, um das noch einmal sehr deutlich zu machen, beide sind leider im letzten Jahr gestorben. Das eine war Jens-Peter Burmester, der Sohn von Carl Burmester, und das andere war Greta Wehner, die Tochter von Carl Burmester. Carl Burmester ist als kommunistischer Funktionär verhaftet worden, 1934 im Stadthaus ermordet. Man hat ihn ins Treppenhaus geworfen und hat ihn dort umgebracht. Die Witwe hat später, 1944, Herbert Wehner geheiratet, und es war in der Familie Burmester immer ein Thema, bis heute, sehr eindrucksvoll, wenn man die Familie kennt. Ich habe das große Glück, einige der Familienangehörigen zu kennen. Und das ist nur eine Opferfamilie.

Bernhard Esser, dessen Vater, Großvater, Onkel und Mutter dort gefoltert worden sind, ist heute leider verhindert, sonst wäre er mit großem Interesse sicherlich gekommen. Aber es gibt eben wirklich unwahrscheinlich viele Menschen, die mit diesem Ort etwas verbinden. Das ist uns in unseren Aktivitäten sehr deutlich geworden und daran muss sich dann auch so etwas messen lassen. Ich glaube, da liegt ein ganz wesentlicher Baustein darin.

Lassen Sie mich zum Thema Stadthaus noch einmal als jemand, der sich mit dem Thema beschäftigt hat - und von daher bin ich eigentlich in einer Doppelrolle, auf der einen Seite bin ich der Bundesvorsitzende und der Landesvorsitzende des Arbeitskreises ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten, auf der anderen Seite bin ich aber, glaube ich, bei dem Thema auch ein nicht unbekannter Historiker, über viele Jahre und Jahrzehnte - aber ich möchte eins noch einmal sagen: Das Stadthaus war die zentrale Stelle des Unterdrückungssystems des Nationalsozialismus. Übrigens, wir reden bitte nicht nur von der Zeit '33 bis '45, sondern wir werfen einen Blick zurück auf das Götz'sche Palais und angrenzende Gebäude. Das war auch schon im 19. Jahrhundert ein Ort der Unterdrückung, denn dort wurde beispielsweise die Durchführung und die Durchsetzung des Sozialistengesetzes ernsthaft betrieben. Und die politische Polizei hat ab 1890 dort umfangreiche Sammlungen angelegt, die man heute noch im Staatsarchiv bewundern kann, was dieses anging.

Also dieser Ort ist eben der Standort von Polizei gewesen, aber eben Schwerpunkt eben in der Zeit des Terrors durch die Nationalsozialisten, '33 bis '43 zur Ausbombung, und Teile sind übrigens dann auch noch später weiter genutzt worden, auch nach '43 noch. Beispielsweise der Befehlsbunker der Hamburger Polizei, der sich unmittelbar vor dem Görtz'schen Palais, von dem nur noch die Fassade steht, aktuell befindet beziehungsweise befand und vermutlich immer noch befindet, also da hat es weitere Nutzungen gegeben.

Aber dieses war das zentrale Unterdrückungs- und auch Terrorzentrum. Es beginnt 1933 mit dem Kommando ZBV, aufgestellt von Alfred Richter, dem damaligen Polizeisenator, Reichskommissar für die Polizei, 5. März '33 in der Nacht auf den 6. März dann entsprechend benannt worden. Eine seiner ersten Maßnahmen war die Aufstellung eines Kommandos zur besonderen Verwendung aus der Ordnungspolizei unter Beteiligung von SS und SA, aber im Wesentlichen von Ordnungspolizisten. Dieses Kommando hat in brutalster Weise die politische Opposition unterdrückt.

Dann wird ... Kurze Zeit später beginnen ja schon '33 die massiven Terror- und Unterdrückungsaktionen gegen die jüdischen Menschen in dieser Stadt. Auch das ist bekannt, auch das ist von da aus geleitet und gesteuert worden, das setzt sich dann ab '35 verschärft fort, als eine Judenkartei aufgebaut wird, als die Staatspolizei, dann später umbenannt in die Geheime Staatspolizei, dort weiter tätig ist und dort die sogenannte Judenkartei anlegt für Hamburg, auf deren Grundlage nachher die Deportationen erfolgten.

Also Sie sehen, es gibt eine Vielzahl - ich will Sie hier nicht weiter langweilen damit, aber es ist eine endlose Geschichte von Terrorgeschichten, die sich da entwickelt. Lassen Sie mich nur einen Punkt zum Abschluss noch sagen. Wir haben uns jetzt intensiv, und das ist ja hier auch gesagt worden, mit der Thematik beschäftigt, was ist auf 50 Quadratmetern möglich. Und das Ergebnis ist ein eher erschütterndes, es sind allenfalls - und Katja Karger hat es eben mit 10 Zentimeter beschrieben - , also es ist unwahrscheinlich wenig, was möglich ist. Sie könnten beispielsweise das Themenfeld Polizeibataillone und Völkermord darstellen auf einen oder anderthalb Quadratmetern mit einigen Fotos. Wenn Sie genügend Technik haben, könnten Sie auch noch die Möglichkeit schaffen, etwas vertieft zu forschen.

Wir reden hier übrigens nicht nur von Hamburg, sondern wir reden an diesem Ort von dem Wehrkreis X. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei und die entsprechenden Dienststellen, auch das Kommando der Schutzpolizei, hatten Verantwortung und Verpflichtung für den gesamten Norden. Das heißt also, für Schleswig-Holstein einschließlich Lübeck, für Hamburg, für den ganzen Bereich Hannover-Nord und für die größten Teile des Gaus Weser-Ems einschließlich Bremen. Das ist die Dimension, über die wir hier beim Stadthaus reden, und nicht mehr und nicht weniger. Wir reden nicht nur von sieben Hamburger Polizeibataillonen, sondern wir reden von deutlich mehr. Es gibt für Bremen eine hervorragende Studie über die beiden Bremer Polizeibataillone, die erspare ich Ihnen jetzt, hier zu zitieren. Aber allein bei 101, dem Reservepolizeibataillon aus Hamburg, das ja umfassend erforscht ist, wie übrigens viele andere Bataillone auch, dank der vorzüglichen Arbeit von Wolfgang Curilla und anderen, allein das Polizeibataillon 101 hat im Jahre 1942/43 in den besetzten Gebieten in Polen, im Generalgouvernement im Distrikt Lublin eine Opferzahl von mindestens 90 000 Menschen verursacht. Darunter unmittelbar etwa 4 000 bis 5 000 direkte Morde, die Beteiligung, Beihilfe zum Mord in mindestens 30 000 Fällen und darüber hinaus Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek und Treblinka. Die Dimension, auf der man das darstellen könnte, hatte ich gerade einmal skizziert. Das ist eigentlich erschütternd.

Im Übrigen hat man immer wieder deutlich gemacht - und Sie kennen die Drucksachen auch und das ist mein letzter Satz jetzt - , es geht um einen Gedenk-, es geht um einen Lernort, und es geht um einen Ort, in dem mehrfach zugesagt wurde, dass dem Hamburger Widerstand endlich umfassend ein Gedenken erfolgt. Das gibt es nicht. Es gibt keine Stätte

in der Stadt, in der das umfassend erfolgt, und das wird auch in diesem Ort in der jetzigen Konfiguration nicht möglich sein. Also unser Appell ist wirklich eindringlich, und auch, wenn ich mich jetzt hier wiederhole, aber auch von uns wird es erwartet, in der Grundhaltung angemessen und würdig mit der Thematik umzugehen. Wir stehen ja übrigens nicht nur im Fokus Hamburgs, sondern wir stehen auch im internationalen und nationalen Fokus der Experten und Fachleute, die uns immer wieder fragen, sagt einmal, was macht ihr da eigentlich. – Danke schön.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Kerth, bitte.

Frau Kerth: Ja, schönen Dank. Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde 1947 gegründet als Nachfolgeorganisation des Komitees ehemaliger politischer Gefangener. Zu diesem Zeitpunkt waren tatsächlich noch Widerstandskämpfer aller Fraktionen in der VVN vertreten und denen fühlt sie sich bis heute verpflichtet.

Tatsächlich ist es so, dass heute nur noch sehr wenige von denen leben, die das Stadthaus persönlich erlebt haben. Im letzten Jahr haben wir nur noch eine Kameradin finden können. Aber es leben natürlich noch sehr viele Familienangehörige, und auch das Leben der Familienangehörigen ist von dem Erleben der Verfolgten massivst geprägt. Denn das, was die Menschen erlebt haben an Naziterror - und dieser Naziterror hat für fast alle im Stadthaus begonnen -, ist etwas, was sie ihr ganzes Leben lang nicht mehr losgeworden sind. Wir haben mehrere Kundgebungen gemacht, bei denen Angehörige von Opfern des Naziregimes, die im Stadthaus gefoltert worden sind, berichtet haben, teilweise unter Tränen, über das, was ihren Angehörigen angetan wurde und wie es sie lebenslanglich verfolgt hat und auch ihr Leben prägt.

Wir haben als Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten gemeinsam mit der AvS in den Neunzehnhundertachtzigerjahren darauf hingewirkt, dass der Widerstand gewürdigt werden sollte im Torhaus Fuhlsbüttel. Das war auch so. Inzwischen ist die Ausstellung allerdings allen Gefangenengruppen Fuhlsbüttels gewidmet. Das hat seine Berechtigung. Was fehlt, ist eine Würdigung des Widerstands gegen das Naziregime, des Widerstands von mutigen Menschen, die, ich sage das einmal, Angehörigen meiner Generation überhaupt ermöglicht haben, ins Ausland zu fahren, ohne ständig mit schamgesenktem Kopf herumzulaufen und den Menschen ins Auge blicken zu können. Diesen Menschen gegenüber haben meine Generation und die nachfolgenden Generationen meines Erachtens enorm viel zu verdanken, und von daher hat man diesen Widerstand meiner Meinung nach, unserer Meinung nach, auch angemessen im öffentlichen Raum darzustellen und zu würdigen. Ganz abgesehen davon, dass er auch heute ein Vorbild dafür geben kann, was zu tun ist, wenn in einer Gesellschaft Polarisierung und Rechtsentwicklung in dem Ausmaß stattfinden, wie wir es heute kennen, wo schlicht und einfach auch gefordert ist, dass man mit Zivilcourage aufsteht und sagt, so kann es nicht sein.

Insofern Thema Widerstand. Uns ist damals bei der Umgestaltung in Fuhlsbüttel gesagt worden, es ist geplant und es wird kommen eine Gedenkstätte für den Widerstand im ehemaligen Stadthaus. Wir haben uns darauf verlassen und haben beiläufig und zufällig im letzten Herbst erfahren, dass es noch 250 Quadratmeter gäbe. Wir haben dann angefangen mit der Initiative Gedenkort Stadthaus zu protestieren gegen diese Pläne, gegen die Einbindung der Erinnerung in den Kommerz. Wir haben dann, erst dann sozusagen, erfahren, wie tatsächlich die Grundrisse sind und dass für das eigentliche Erinnern in dem sogenannten Dreiklang des Gedenkens, damals hieß es 70, tatsächlich sind es 50 Quadratmeter, übrig sind. In einer Buchhandlung mit angeschlossenem Café. Wenn man den Laden oder den Gedenkort betritt, hat man auf der linken Seite des Eingangs die bunten, lustigen Postkarten, man hat eine Buchhandlung mit Gemischtwareangebot und man hört leise Musik und riecht den Kaffeegeruch aus dem Café.

Und dann kommt man also an einen Ort, der erinnern soll an das Grauen, das Wolfgang Kopitzsch ja eben schon geschildert hat. Die Angehörigen haben angesichts der Planungen schon am 30. Januar 2018 unter anderem auch an die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft einen offenen Brief verteilt, in dem es heißt, dieses Stadthaus ist ein Sinnbild für die Unmenschlichkeit des nationalsozialistischen Systems in Hamburg. Es ist so oft die Rede davon, dass unsere Jugend Vorbilder braucht. Richtig. Die politischen Häftlinge ebenso wie aufrechte Christen und andere Gegner des Naziregimes haben sich für ein demokratisches Deutschland geopfert.

Das ist ein Geschenk an das deutsche Volk, das nicht in Vergessenheit geraten darf. Ihre Namen, Bilder und Lebensgeschichten gehören an diesen Ort, nicht in ein Café, in dem man sich zum gemütlichen Plaudern niederlässt. Es ist dann an verschiedene Opfer, die im Stadthaus ums Leben gekommen sind oder kurz nach ihrer Vernehmung ums Leben gekommen sind, erinnert worden. Es gibt Angehörige, die kommen zu unseren Veranstaltungen zum Beispiel aus London, (...), deren Vater und zwei Onkels im Stadthaus gefoltert worden sind und dieses Erlebnis lebenslänglich nicht wieder losgeworden sind.

Was soll nun dort tatsächlich passieren? Es soll passieren, dass wir auf 50 Quadratmetern acht Tische mit jeweils ungefähr 1 000 Zeichen umfassenden Texten die umfängliche Geschichte des Stadthauses darstellen sollen, annähernd ohne Widerstand. Und selbst in dem Konzept, was Herbert Diercks vorgelegt hat, heißt es, in Zusammenarbeit mit Herrn ..., heißt es: Die wichtigste Zielgruppe sind Personen, die diesen Ort aufsuchen, weil ihre Angehörigen in der Zeit des Nationalsozialismus Opfer von Polizeigewalt geworden sind.

Diejenigen Angehörigen, die ich kenne, die diesen Ort betreten haben, waren empört, und es gab nicht wenige, die mit Tränen in den Augen das Lokal wieder verlassen haben und gesagt haben, das ist eine Schande, das ist keine würdige Erinnerung. Das geht überhaupt nicht.

Herbert Diercks schreibt weiter: Eine weitere Zielgruppe werden Passanten sein, viele von ihnen erhalten unvermutet Informationen, die für sie völlig neu sind, und sie werden dann vielleicht mit gewecktem Interesse den Ort wieder verlassen. Für zeitgeschichtlich interessierte und vorinformierte Besucherinnen und Besucher wird der historische Ort von Interesse bleiben, auch wenn die Ausstellung dieser Bedeutung nicht gerecht werden kann.¹

Schulklassen und andere Gruppen von mehr als zehn Personen werden sich nur kurz in der Ausstellung aufhalten können, die angebotenen Informationen sind überschaubar und es wird für sie eine beengte, räumliche Situation bestehen, Führungen werden durch die Ausstellung nicht möglich sein aufgrund der beengten Situation. Es ist schon hingewiesen worden auf Situationen, die Gruppen, die dort eine Führung wahrnehmen wollten, vorgefunden haben.

Es fehlt vollständig ein Ort des Lernens. Das heißt, eben nicht ein Raum mit Tisch und Stühlen, wo Lehrer sich mit Schülern und umgekehrt unterhalten können, sondern ein Ort, an dem Informationen so aufbereitet vorgehalten werden, dass Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines Unterrichts in der Lage sind, sich Themen, die mit dem Stadthaus in Verbindung stehen, eigenständig zu erarbeiten und sich damit so zu befassen, dass sie hinterher, ich sage einmal, ins Reflektieren kommen und diese Reflexion mit in diesen Unterricht einfließen kann. Das wird gebraucht und das ist selbstverständlich auf dem, was da zur Verfügung steht, und auch in einem möglicherweise im fünften Geschoss oder sonst irgendwo angebotenen Raum mit Tischen, in keiner Weise zu leisten.

¹ Dieses Wortprotokoll gibt das gesprochene Wort wieder. Da die Bürgerschaftskanzlei keine Garantie übernimmt, dass Zitate darin vollständig der Originalquelle entsprechen, sind sie hier nicht durch Anführungszeichen als wörtliche Zitate kenntlich gemacht.

Wir leben 2018, es gibt inzwischen in Köln, in Münster, in München, in Berlin wunderbare Dokumentationszentren, in denen man sich angucken kann, wie es geht. Und all diese Dokumentationszentren haben Zulauf. Die Topografie des Terrors in Berlin hat allein 2017 mehr als eine Million Besucherinnen und Besucher gehabt. Das heißt, es gibt das öffentliche Interesse, man muss es nur bedienen.

In diesen Tagen wird in Stuttgart das Hotel Silber als Gedenkstätte eröffnet, auch ein Ort, um den lange, lange gerungen worden ist. Aber es wird ein guter Ort für Dokumentation und Veranstaltungen sein, es wird ein Lernort und ein Treffpunkt sein. Genau so etwas ist unserer Meinung nach auch im Stadtzentrum in Hamburg erforderlich an diesem Ort, der jetzt ausreichend beschrieben worden ist. Ich sage einmal, diejenigen Mitglieder des Beirates, die auch in der Initiative Gedenkort Stadthaus mitarbeiten, haben entschieden, sich nicht weiter an der Diskussion um die Gestaltung dieser 50 Quadratmeter zu beteiligen. Es ist vollkommen klar, was auf diesen 50 Quadratmetern passieren kann. Und ich sage einmal, Herr Gies und Herbert Diercks haben sich erhebliche Mühe gegeben, das Maximum aus diesem Raum herauszuholen, aber es ist schlicht und ergreifend unter dem Strich vollkommen unangemessen in Hinblick auf den Ort, in Hinblick auf die Opfer, in Hinblick auf die Erwartungen der Angehörigen, in Hinblick auf die Notwendigkeit an Auseinandersetzung mit dem Faschismus, mit dem Naziterror. Denn die Auseinandersetzung ist es doch, aus der man Lehren für die Gegenwart ziehen kann, die einem sagen, was ist damals wie gelaufen, wie war es damals möglich, dass aus der Polizei der Weimarer Republik innerhalb von nur sechs Wochen dieser Terrorapparat entstanden ist, der tausende, zehntausende Menschen hier in Hamburg verfolgt hat und Tausende das Leben gekostet hat. Also, wir werden uns an der Diskussion über diese 50 Quadratmeter nicht mehr beteiligen.

Wir werden uns weiter beteiligen an dem Thema Kunst und künstlerische Intervention im öffentlichen Raum, sowohl was die Skulptur angeht als auch weitere Interventionen auf dem Gelände. Und wir werden uns weiter beteiligen und einbringen und im Beirat und außerhalb des Beirates natürlich uns weiter dafür einsetzen, dass ein Minimum von dem entsteht, was notwendig ist, ein vernünftiger Lernort, ein würdevolles Gedenken an die Opfer, an den Widerstand und selbstverständlich auch die Erinnerung an die Täter und wie es dazu kommen konnte. Aber das, was dort im Moment stattfindet, wird diesen Erwartungen in überhaupt gar keiner Weise gerecht.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Czech.

Herr Czech: Tja, sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben vieles jetzt schon aus den vorangegangenen Statements entnehmen können, auch darüber, dass der Beirat tatsächlich mit verschiedenen Perspektiven sehr intensiv ringt. Das ist einer der wirklich aktivsten, auch in vielen Teilen kontroversesten Beiräte, die ich bisher erlebt habe. Ich glaube, dass das in der Sache auch mehr als angemessen ist. Ich denke, bei allen Uneinigkeiten in einzelnen Punkten, sind wir uns trotz allem in einem Punkt sehr deutlich - und das ist in verschiedenster Form jetzt auch immer wieder schon angeklungen -, es ist von zentraler Bedeutung, dass dieser Ort, dass das Stadthaus in Hamburg auf jeden Fall als Ort von Terror, von Verbrechen, von Schrecken in seiner ganzen Dimension erfahrbar wird. Im Sinne einer Klarheit und Wahrheit der Geschichtsdarstellung in Hamburg finde ich es persönlich von zentraler Bedeutung, dass das jedem Hamburger Besucher und jedem, der sich hier in der Innenstadt bewegt, auch deutlich vor Augen steht. Denn - das muss man ja auch immer wieder deutlich betonen -, das, was dort an Terrormaßnahmen, an Gewalttaten durch die Polizeibehörden stattgefunden hat, fand im Herzen Hamburgs und wie immer auch eben tatsächlich vor den Augen aller statt und es ist sicherlich das Mindeste, dass man diesen Ort auch heute vor den Augen aller in seiner Bedeutung deutlich herausstellt.

Der Beirat streitet darüber, wie man mit diesen Flächen, mit diesen verschiedenen Punkten dort umgehen kann. Ich möchte aber betonen, dass ja auch schon eine ganze Reihe von Aspekten aus dieser gemeinsamen Arbeit und auch aus den produktiven Diskussionen des

Beirates hervorgegangen sind. Sie haben die künstlerische Intervention bereits mehrfach angesprochen gehört. Ich glaube persönlich, dass das ein ganz wesentlicher Schritt ist, dass es nicht an irgendeiner Stelle innerhalb der Stadthöfe irgendwo eine Dokumentation gibt, sondern, dass dieser Aspekt wirklich nach außen getragen wird, im wahrsten Sinne des Wortes nicht übersehen werden kann und sich in den Stadtraum hineinschiebt und gerade angesichts der Geschäftszentren und so weiter auch klar gemacht wird, was an diesem Ort denn auch in der Vergangenheit geschehen ist.

Richtig ist auch - und da sind wir uns auch alle einig -, dass an diesem Ort, der da jetzt entstanden ist, in seiner provisorischen Form sowieso nicht ausreichend gearbeitet werden kann, so wie es jetzt da steht, und dass auch die Möglichkeiten, dort eine umfassende Darstellung zu all den Themen, die Herr Kopitzsch ja sehr eindrucksvoll hier auch skizziert hat, möglich ist. Das gibt diese Quadratmeterfläche, das gibt dieser Ausstellungsraum so auch sicherlich nicht her. Nichtsdestotrotz gibt es auch eine Reihe von Beiratsmitgliedern, die aktiv versuchen, in der Diskussion auch herauszufinden und auszuloten, was ist denn möglich und was können wir an diesem Ort denn tatsächlich machen, wie weit gehen eigentlich die Möglichkeiten einer Darstellung im Diskurs. Auch das haben Sie gehört, der Denkprozess und die Arbeitsprozesse sind da durchaus noch nicht abgeschlossen. Wir können das noch nicht abschließend darstellen und nicht vollständig bewerten, was da möglich ist. Wir wissen schon vieles, was sicherlich so nicht möglich sein wird, aber es gibt auch – Frau Karger hat von kleinen Fortschritten gesprochen, das würde ich ausdrücklich betonen wollen –, es gibt tatsächlich Ansätze, wo wir sagen, da ist schon noch das ein oder andere möglich.

Die Frage ist tatsächlich: Wie schafft man es, ein angemessenes, ein würdiges, mahnendes Gedenken an diesem Ort zu schaffen, welche Möglichkeiten ergeben sich? Für mich, aus meiner Perspektive auch die ganz zentrale Frage, wenn es denn nicht ein umfassender Informationsort werden kann, was kann es denn dann werden. Ist es möglicherweise ein Ort, der ein ganz wichtiger Punkt einer zentralen Erstinformation zu der Thematik vielleicht werden kann, der auf jeden Fall diese Dimension, die dort an Maßnahmen stattgefunden hat und eben auch so viele Opfer, auch das ist vorhin von Frau Kerth beschrieben worden, hinterlassen hat, die bis in unsere heutige Zeit hineinwirken, dass das dort wirklich seinen Ort hat als authentischen Ort, und dass das ins Bewusstsein aller Besucher kommt. Die Besucher, die aus den Betroffenengruppen, aus den Opferfamilien und so weiter kommen, die haben das präsent, dort werden wir sehen müssen, was ist auch über diese künstlerische Intervention möglich. Ist das letzten Endes eher etwas, was, ja, ein Aufmerksamkeitspunkt ist? Oder kann das unter Umständen auch ein Ort wirklich der Mahnung und des Gedenkens sein? Das wird der bevorstehende Wettbewerb, denke ich, offenbaren, das muss man begleiten. Und inwieweit kann dieser Ort eigentlich auch in Zusammenhang mit anderen Orten gesehen werden? Das ist auch mir persönlich natürlich wichtig. Es gibt ja zahlreiche andere Gedenkstätten, in denen schon etwas an Vorbereitung oder auch an Vermittlung geleistet wird. Es gibt - auch das hat Herr Kopitzsch dargestellt - viele Themen wie den Widerstand und so weiter, die allerdings noch einer Vertiefung bedürfen.

Wir werden im weiteren Prozess sehen müssen und das, finde ich, das tatsächlich Herausfordernde an der Arbeit in diesem Beirat, was ist in den jetzigen Rahmenbedingungen möglich, wie intensiv kann sich das mahnende Gedenken in diesen Gebäudekomplex einschreiben. Das ist sicherlich nicht nur in diesem einen Raum möglich, das ist auch im Arkadengang und in anderen Bereichen möglich. Ich finde es durchaus auch einen wichtigen Aspekt, dass man nicht nur in dem Ort selbst, wie gesagt, also in diesem Bereich, in diesem geschlossenen Bereich selbst etwas über das Stadthaus erfährt, sondern auch im Passieren, im Flanieren, im Vorbeigehen an anderen Stellen. Da müssen wir sehen, wie wir das auch vielleicht erreichen können, an anderen Stellen noch des Gesamtkomplexes. Auch die Hinführung zu diesem Gedenkort, eine Hinführung zu diesem Informationsort so zu optimieren, sodass im Idealfall kein Besucher des Komplexes ihn wieder verlässt, ohne nicht zumindest erfahren zu haben, welche geschichtliche Bedeutung diese Stadthöfe dort haben.

Lassen Sie mich eins sagen, ich persönlich finde, habe noch keine Position dazu gefunden, wie wir mit dieser von Frau Kerth erwähnten gespaltenen Beiratsarbeit umgehen sollen künftig, dass also Teile des Beirates zu bestimmten Punkten arbeiten und zu anderen Punkten sich aber nicht beteiligen wollen, das ist eine für mich persönlich neue Situation, zu der ich noch nicht weiß, wie das in der praktischen Arbeit des Beirates tatsächlich funktionieren kann und funktionieren soll. Das muss man in der weiteren Entwicklung auch noch einmal abschätzen und noch einmal sehen, wo wir daran dann vorwärtskommen können.

Noch einmal: Ich persönlich - und ich glaube, da sind wir uns innerhalb des Beirates auch noch einmal alle einig - glaube, dass diese Bearbeitung des Ortes und diese Heraushebung des Ortes, diese wirkliche Bewusstmachung des Ortes im gesamten öffentlichen Bewusstsein Hamburgs und seiner Besucher von zentraler Bedeutung ist.

Vorsitzende: Ja, vielen herzlichen Dank für diese wirklich eindringlichen Statements, Stellungnahmen und engagierten Plädoyers für die Sache. Ich glaube, wir haben alle einen guten Eindruck davon bekommen, wie schwierig die Diskussion auch läuft, wie komplex die Thematik sich auch Ihnen darstellt, da Sie aus ganz verschiedenen Perspektiven sich dem Thema auch nähern. Wir werden jetzt auch noch einmal versuchen, uns der Sache so zu nähern, dass wir Sie befragen. Vielleicht zur Erklärung für diejenigen, die noch nicht in so einem Ausschuss dabei waren: Wir werden jetzt hier und heute nicht die Diskussion über die Thematik führen, sondern meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten werden jetzt die Möglichkeit haben, die Sachverständigen zu befragen. Es ist meines Wissens vorab kein Fragenkatalog abgestimmt worden, das ist auch eine Möglichkeit, die es bei solchen Veranstaltungen gibt, das ist nicht der Fall. Ich werde deshalb zunächst einmal den Fraktionen in der üblichen Reihenfolge die Möglichkeit geben, zu fragen beziehungsweise ein Statement abzugeben und dann ganz normal nach Meldung alle dran nehmen. Ja, d'accord? Gut, Frau Vértes-Schütter, dann machen Sie jetzt den Anfang.

Abg. Dr. Isabella Vértes-Schütter: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zunächst möchte ich einmal meinen großen Dank an unsere Gäste aussprechen. Ich darf für meine Fraktion sagen, dass wir sehr froh darüber sind, dass Sie sich mit Ihrer Expertise hier so konstruktiv einbringen. 1933 bis 1945 war das Stadthaus als Sitz der Polizeibehörde und als Hauptquartier der Gestapo ein Ort des Terrors und der Gewalt. In dieser Stätte des Grauens wurden viele Männer und Frauen als Gegner des nationalsozialistischen Terrorregimes verhört, erniedrigt, gefoltert und ermordet. Vor diesem Hintergrund will ich noch einmal betonen, dass die Schaffung eines angemessenen Gedenkortes für uns eine besondere und herausragende Bedeutung hat.

Nun verhandeln wir die Frage einer angemessenen Gestaltung des zukünftigen Gedenkortes nicht ganz frei, sondern auf Basis von Verträgen und Vorgaben und es ist uns wirklich ein sehr ernstes Anliegen auf der Basis, die wir vorgefunden haben zu erreichen, was irgend geht. Hier gibt es ganz offensichtlich mehrere Felder, die wir intensiv bearbeiten müssen. Das ist die Raumfrage, die Frage der wissenschaftlichen Begleitung, die Frage nach einem Kunstwerk, nach künstlerischer Intervention, die in besonderer Weise an die Geschichte erinnert. Zur Frage der wissenschaftlichen Begleitung - diese Anregung oder Forderung kam ja auch aus dem Beirat selbst - werden wir als SPD- und GRÜNEN-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Antrag einbringen, der die Schaffung einer wissenschaftlichen Stelle, angedockt an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, gewährleistet.

Meine erste Frage zielt nun auf den Prozess der Ausgestaltung der Ausstellung. Wir haben jetzt gerade von Ihnen gehört, dass es im Beirat eine Kontroverse gibt, was die Beteiligung an diesem Prozess angeht. Ich habe die Rolle des Beirates hier immer für sehr wichtig gehalten und würde gern einfach von Ihnen noch einmal hören, was Sie in Hinblick auf den

weiteren konkreten Prozess der Ausgestaltung erwarten, und wie Sie die Kooperation mit der Agentur Gies beurteilen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Vértes-Schütter. Ich werde die Frage jetzt erst einmal zurückstellen ...

(Zuruf: Ja.)

... und Herrn Wersich das Wort geben.

Abg. Dietrich Wersich: Ja, ich schließe mich zunächst einmal den würdigenden Aussagen an. Ich finde das ausgesprochen wichtig und verdienstvoll und es hat mich auch, Frau Kerth, noch einmal durchaus beeindruckt, historisch darauf hinzuweisen, dass wir hier auch der tätigen Generation nach dem Krieg viel zu verdanken haben, was das internationale Ansehen Deutschlands durch die Aufarbeitung und das Erinnern und die kritische Auseinandersetzung angeht.

Ich will mich aber jetzt tatsächlich eher auf Fragen beschränken. Und zwar zunächst einmal wäre meine Frage: Der Senat hat uns ja im Rahmen unserer Begehung vor Ort und im Nachgang eine Protokollerklärung zukommen lassen, nach der er die Auflage des Kaufvertrages zwischen Quantum und der Finanzbehörde erfüllt sieht. Insofern meine Frage jetzt noch einmal an die Sachverständigen: Inwiefern halten Sie diese Einschätzung für richtig? Oder sehen Sie das nicht erfüllt?

Die zweite Frage betrifft, ob Sie in Ihrem Prozess in irgendeiner Art und Weise mit alternativen Konzepten, die möglicherweise auch dem Investor selbst vorgelegen haben, befasst waren und ob Sie Ideen oder eine Beurteilung haben, ob von diesen möglichen Alternativen oder anderen Konzepten, von denen auch der Senat gesprochen hatte, etwas doch noch realisierbar wäre, auch unter der Verbindung der jetzigen Lösung.

Ich will nur zur Einschätzung sozusagen unserer eigenen Fraktion noch einmal sagen, dass uns das damals sehr wichtig war, dass dieser Ort wirklich auch im Zuge des Verkaufes des Gebäudes öffentlich zugänglich und wirklich ein Gedenkort wird. Und der Kollege Wankum war ja auch in seiner Zeit als kulturpolitischer Sprecher, in der Funktion bei mir Vorgänger, immer dran und auch ich habe dazu einige Fragen gestellt. Grundsätzlich finde ich die Frage der Kombination eines solchen Denkortes mit einer Nutzung durch eine sozusagen freie Buchhändlerin wirklich erst einmal nicht das Schlimmste, das muss ich ganz offen so sagen, weil wir hier im Kulturausschuss sitzen, wir kämpfen durchaus um das Kulturgut Buch und wir erleben ja auch im Buchhandel erhebliche Veränderungen durch Ketten und das Internet. Es gibt mittlerweile ja auch einen Preis, mit dem besonders leistungsfähige Buchhandlungen ausgestattet werden. Also deswegen gebe ich zu, dass ich bei dem Thema oder diesem reflexhaft vorgebrachten „Ort des Kommerzes“ das persönlich etwas anders sehe und mir durchaus vorstellen kann, dass eine solche kombinierte Nutzung, sage ich einmal, gestaltbar ist. Aber das nur noch einmal zur Erläuterung der Auseinandersetzung, die wir selbst dazu gemacht haben.

Vorsitzende: Vielleicht machen Sie sich auch Notizen, ich versuche hier auch, die ganzen Fragen erst einmal zu sammeln und mache aber erst einmal weiter mit Herrn Gögge.

Abg. René Gögge: Ja, vielen Dank. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, den Auskunftspersonen, ja, sehr herzlich zu danken für die teils ja hoch emotionalen Vorträge, die, glaube ich, noch einmal deutlich gemacht haben, welche negative Bedeutung diese Terrorzentrale des Nordens in der Geschichte unserer Stadt eigentlich gespielt hat. Und ich möchte im Namen meiner Fraktion auch noch einmal festhalten, dass es natürlich, ja, also beschämend zum einen für die Stadt ist, dass über Jahrzehnte viel zu wenig davon öffentlich gemacht wurde, viel zu wenig davon kenntlich gemacht wurde und dass wir natürlich froh

sind, dass es überhaupt jetzt sozusagen das Umdenken in den letzten zehn, 20 Jahren gibt, also nach und nach dieses Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. An der Stelle möchte ich natürlich auch ganz besonders der Gewerkschaftsbewegung, namentlich dem DGB danken, der ja auch in Zeiten, wo der Senat sozusagen oder Vorgängersenat des jetzigen dazu gedrängt werden mussten, tätig zu werden, erste kleine Erfolge erreicht haben, das darf man, glaube ich, in der ganzen Geschichte nicht vergessen. Auch da will ich natürlich den VVN nicht außen vor lassen, weil da sicherlich auch immer öffentlicher Druck aufgebaut wurde.

Ja, ich danke natürlich dem Beirat auch dafür, insgesamt für diese Arbeit auf diesem schwierigen Feld, gerade wegen dem, was ich gerade schon gesagt habe, gerade weil das ein zu Recht hoch emotionales, negativ belastetes Thema ist und weil es große Diskussionen in der Gesellschaft zu Recht dazu gibt, wie man mit diesem Ort umgeht, wie man ein würdevolles Gedenken und einen Lernort ermöglichen kann, ist das eine ganz schwierige Aufgabe, der Sie sich stellen und wofür ich sehr dankbar bin, auch im Namen meiner Fraktion.

Ja, ich glaube, diese öffentliche Diskussion, die, wie ich gerade schon gesagt habe, ja absolut notwendig ist, hat ja auch schon sozusagen in der Bürgerschaft Anklang gefunden insofern, als dass zum einen ja die Mittel zur Verfügung gestellt wurden für, ich sage einmal, einen überdimensionalen Stolperstein als Ort, über den man eben stolpert, an dem man eben erkennt, das ist ein besonderer Ort, das ist ein belasteter Ort. Und zum anderen natürlich auch in dem Antrag, den Frau Vértes-Schütter schon erwähnt hat, in dem eben GRÜNE und SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen erreichen wollen, dass hier eine Stelle zur wissenschaftlichen Begleitung des Stadthauses eingeworben wird.

Nun zu meiner Frage. Ich möchte mit einer Frage starten, mehr kommt dann sicherlich später. Aber meine erste Frage richtet sich vor allem an Frau Kerth und Herrn Kopitzsch. Wir haben ja zu Recht jetzt ganz viel gehört zur Frage, welche Rolle spielt dieser Ort für die Opfer und auch deren Angehörige oder heute hauptsächlich deren Angehörige. Da wäre meine Frage: Wie stellen Sie sich die Einbindung der Opfer in diese Gedenkarbeit, in die Lernarbeit vor beziehungsweise der Angehörigen der Opfer natürlich an der Stelle?

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Gögge. Herr Hackbusch.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir sind jetzt ja nicht in der Situation, dass wir praktisch schon diskutieren darüber, sondern eigentlich keine richtigen inhaltlichen Statements machen, deswegen geht es ja darum, jetzt praktisch die Aussicht, also Ihre Vorträge, die Sie gehalten haben, dazu praktisch Fragen zu stellen. Weil, es geht natürlich um die Frage dessen, ich finde, Herr Grolle hat das einmal kräftig ausgedrückt, dieser Ort ist, glaube ich, einer der wichtigsten, zentralen Orte, um überhaupt zu messen, wie Erinnerungskultur geht. Und es geht darum, dass in Hamburg ein guter Ruf, der im Zusammenhang mit Erinnerungskultur da ist, droht, verspielt zu werden.

Meine erste Frage bezieht sich dementsprechend auf den Komplex, der mir aufgefallen ist, als ich das erste Mal damit konfrontiert wurde, mit einem, wie ich finde, unsäglichen Verhalten der Quantum Gruppe im Zusammenhang, wie man insgesamt dieses Ensemble eröffnet hat. Es gab dort an der Stelle, wo jetzt praktisch die Erinnerungsstelle ist, diese berühmten Aufzeichnungen "Kopp hoch, Cherie!", praktisch in einer Art und Weise von Buchstaben, die dargestellt worden sind, die erinnern an KZ-Sachen. Das heißt, insgesamt habe ich den Eindruck, dass Quantum oder diejenigen, die das Ganze, Stadthöfe, betreiben, sich nicht der Fragestellung bewusst sind, was für ein Ort das eigentlich ist, an dem sie sich dort bewegen. Gegenwärtiger Ausdruck dessen ist immer noch mein Eindruck im Zusammenhang mit dem Hotel, was dort da ist, Tortue, wo wir uns alle, die dort längsgehen immer daran erinnern an die Frage von torture, wo wir immer da diese Verbindung haben. Und das geht nicht nur mir so, das geht vielen so.

Meine erste Frage ist: Hat der Beirat sich dieser Frage angenommen, wie eigentlich Quantum damit umgeht? Und gibt es eine Auseinandersetzung, weil sie ja in gewisser Weise auch die Erinnerungskultur ... auch die Vertreterinnen und Vertreter der Erinnerungskultur da sind und sich mit Quantum um diese Frage gestritten haben? Weil, das ist ja eine Sache, die unabhängig von dem ist, wie also die Kulturbehörde oder der Senat sich verhält.

Meine zweite Frage ist – und das ist mir nicht sehr deutlich klar geworden, aber die meisten von Ihnen haben das sehr deutlich gesagt, ich finde, am härtesten Herr Kopitzsch – in der Frage dessen, ist der Vertrag, wo wir im Kulturausschuss ja durchaus einmal beruhigt waren über 750 Quadratmeter Lernort, ist das eigentlich ein Betrug und wie schätzen Sie das ein?

Und wenn es ein Betrug ist, wie haben Sie das kommuniziert? Also, mit der Kulturbehörde oder vielmehr mit der Finanzbehörde, die ja im Wesentlichen praktisch dann diesen Vertrag abnehmen müsste, weil, das ist ja dann eine zentrale Angelegenheit, wenn da, das, was Sie eigentlich gedacht haben, Lernort, nicht möglich ist – was zumindest drei von Ihnen ja sehr hart ausgedrückt haben und klar ausgedrückt haben – dann muss man sich dazu javerhalten.

Ich habe noch mehr Fragen, aber die kommen später.

Vorsitzende: Gut. Herr Meyer.

Abg. Jens Meyer: Ja, ich möchte Sie auch im Namen der FDP-Fraktion ... ich möchte mich auch erst einmal herzlich bedanken für Ihre wirklich eindrucksvollen Schilderungen aus der dunkelsten Zeit, die wir uns wohl alle vorstellen können. Wenn ich jetzt darüber nachdenke, dass wir über 50, 75 oder auch mehr Quadratmeter sprechen, dann wird das der Dimension der furchtbaren Dinge, die dort stattgefunden haben, sowieso nicht gerecht.

Nichtsdestotrotz möchte ich auch kurz daran anknüpfen, was Herr Wersich eben schon erwähnt hat, dass ich nicht grundsätzlich der Meinung bin, dass sich ein Ort, der eben auch kommerzielle Nutzung beinhaltet, wie in diesem Fall die Bücherei und das Café, mit einer Gedenkstätte grundsätzlich ausschließen müssen. Ich glaube, es gibt viele Beispiele, wo auch solche Verbindungen möglich sind und wo man auch gezeigt hat, dass man so etwas auch würdevoll und angemessen machen kann.

Ob das in diesem Fall aber möglich ist, darüber kann ich mir im Moment auch überhaupt noch gar kein Urteil bilden. Vieles, was Herr Hackbusch eben erwähnt hat, betrifft ja im Grunde die vertraglichen Gestaltungen, die mit Quantum getroffen wurden, die ich nicht im Detail kenne, die aber natürlich viele Fragen aufwerfen. Insofern bin ich natürlich ein Vertreter einer Fraktion, die eben auf Rechtsstaatlichkeit setzt und wenn es vertragliche Vereinbarungen gibt, dann sind die einzuhalten. Und wenn die Vertragsvereinbarungen jetzt eingehalten sind - so klang es ja zumindest von einigen Stellungnahmen durch -, dann muss man vielleicht über die Frage sprechen, ob das denn ein guter und ein richtiger Vertrag ist, den man da geschlossen hat und vor allen Dingen, was es noch für Möglichkeiten der Änderung eines Vertrages gibt. Aber das sind alles Spekulationen, die im Grunde sich in der Fragestellung ja eher an den Senat richten als an Sie.

Deswegen würde ich von Ihnen zunächst eigentlich eher wissen wollen, ob Sie, weil wir nun viel über diese Quadratmeter ja auch gesprochen haben, eine Möglichkeit sehen, dass durch zusätzliche Räumlichkeiten, die also irgendwie verfügbar, möglicherweise verfügbar sein könnten, ob Sie dadurch eine nennenswerte Verbesserung erkennen könnten und wie Sie es überhaupt einschätzen. Sie wissen ja wahrscheinlich wesentlich besser, ob es überhaupt solche Möglichkeiten gibt, also Räume, die jetzt offensichtlich ja von Quantum beansprucht werden? Insofern fände ich das, zumindest zum Einstieg schon einmal interessant zu erfahren. Denn alles andere, was ja auch schon gesagt wurde, dass, sage ich einmal, das

Denkmal oder das Kunstobjekt, was nun im öffentlichen Raum entstehen soll, alles grundsätzlich ja gute Überlegungen, aber die ersetzen ja die Problematik nicht, dass es sich nicht nur um einen Gedenk-, sondern eben auch einen Lernort handeln soll. Und ein Lernort, der dann eben auch im Zusammenhang mit Schulklassen besprochen wird, erfordert schlicht und einfach eine gewisse Größe, damit genau diese Nutzung möglich ist. Und es stellt sich ja die Frage, ist das überhaupt realisierbar oder muss man sich von diesem Gedanken an dieser Stelle komplett verabschieden, weil es eben nicht realisierbar ist?

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Meyer. Herr Wolf.

Abg. Dr. Alexander Wolf: Vielen Dank. Eine Vorbemerkung und eine Frage. Einmal vorab, es ist auch nach meiner Auffassung richtig und wichtig, an die schrecklichen Ereignisse, die im Gebäude an der Stadthausbrücke im „Dritten Reich“ vor sich gegangen sind. Bei der Zusammensetzung des Beirats beziehungsweise der Vertreter des Beirats erscheint mir - diese Vorbemerkung sei gestattet - etwas problematisch, dass ich da, gerade wenn ich mir die Beteiligung auch des VVN ansehe, eine starke politische Schlagseite feststelle, denn da wird aus meiner Sicht nicht hinreichend berücksichtigt, dass Widerstand und Leid und Ermordung im „Dritten Reich“ ja auch maßgeblich nicht nur von links sondern auch von konservativer Seite geübt wurde, wenn ich den 20. Juli mir anschau.

Die Frage, die ich ganz konkret dann habe, ist - ich verstehe die Kritik an den 50 Quadratmetern, jetzt einmal bildlich gesprochen, die von Quantum hier zur Verfügung gestellt werden. Ich gehe davon aus, aber das ist eine Frage eben auch nach den vertraglichen Regelungen, die Frage stellt sich natürlich auch, was vorher war und was zu Zeiten der Baubehörde dort war, wenn da keine oder eine kleinere Stätte des Erinnerns da war, dann ist das ein Stück weit, na, ich sage einmal, schräg, dann jetzt mit dem großen Finger auf Quantum zu zeigen. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. So, ich habe ... – Sie muss jetzt schon los? Nein, genau. Alles klar. Ich wollte nur darauf hinweisen, gut, ich habe mir jetzt Notizen gemacht und habe so ungefähr mitgenommen, es geht vor allen Dingen um Fragen rund um den Vertrag. Ist es Betrug, wurde er eingehalten, wie geht Quantum mit der Situation um? Die Frage nach der möglichen Einbindung von Opfern wurde diskutiert, die über die Konzepte kam, Raumsituation, ist überhaupt etwas machbar aus Sicht des Beirats, und es gab eine Frage, aus meiner Sicht, zu Ihren Erwartungen an den weiteren Prozess und was Sie sich dazu vorstellen können. Es gab bestimmt noch weitere Fragen, die Sie sich notiert haben, also fühlen Sie sich da frei und nicht gebunden durch meine Zusammenfassung. Ich gebe jetzt zunächst Frau Karger das Wort, genau.

Frau Karger: Das ist wunderbar, vielen Dank. Zunächst einmal, glaube ich, ist tatsächlich ganz wichtig, vorher festzustellen, dass wir uns als Beirat der Kulturbehörde berufen und dementsprechend auch verpflichtet fühlen. Das heißt, dass wir nicht der Beirat von Quantum sind zum Beispiel, sondern unsere Arbeit dahin gehend ausgelegt wird zu sagen, wir ..., sozusagen unser Ansprechpartner ist die Kulturbehörde. Das hängt auch damit zusammen, nach der Frage des Vertrages, wo wir uns Informationen eingeholt haben auf dem Niveau, in dem wir das, und vermutlich deckt sich das mit dem, was auch der Ausschuss hier weiß, an Daten und Fakten. Das müssen wir so hinnehmen. Wir haben als Beirat irgendwann entschieden, dass wir damit leben müssen und das eher eine Frage ist, was machen wir jetzt damit: Quengeln wir noch weiterhin immer daran herum, ob dieser Vertrag nun richtig ist oder nicht, ob wir alles wissen oder nicht, oder sagen wir als Beirat, diskutieren wir nicht besser tatsächlich über die Inhalte. So. Aber das ist tatsächlich einer der Streitpunkte, die wir von Anfang an geführt haben und wo wir auch immer wieder versucht haben, gegenüber der Behörde und auch gegenüber Vertreterinnen von Quantum Kenntnisse zu bekommen, um zu wissen, in welchem Rahmen bewegen wir uns. An vielen Stellen ist innerhalb des Beirates durchaus Skepsis geblieben und wir wünschten uns natürlich, es wäre manchmal ein bisschen anders.

Zur Beurteilung dessen, was auf diesen Räumlichkeiten möglich ist, ist dieser Beirat genau just nicht gekommen. Herr Czech hat das ganz gut beschrieben, dass ein erstes Konzept jetzt fertig ist. Das konnten wir bei der letzten Beiratssitzung uns aber nicht mehr präsentieren lassen. Wir werden diese Auseinandersetzung, wie jetzt eigentlich da weiter verfahren werden soll innerhalb des Beirates, im Januar entsprechend diskutieren. Von daher können wir im Moment zu der Ausstellungskonzeption an dieser Stelle leider sehr wenig sagen.

Was den Buchladen angeht, das hatte ich ja versucht sozusagen mit der Ambivalenz auch zu beschreiben. Also es gab ja auch für uns oder für einige von uns durchaus nachvollziehbare Gründe, warum dieses Konzept gewählt worden ist. Da sind Sachzwänge zum Teil hinter, da sind auch Überlegungen dahinter, so ist es erklärt worden und das kann man auch nachvollziehen und genauso ist auch erklärt worden, dass Öffnungszeiten, Anwesenheiten und so weiter und so fort, man die Idee gewählt hat, einen Buchladen und ein Café zu nehmen. Das kann man so sehen und das hängt dann tatsächlich von der konkreten Konzeption ab, ob das miteinander funktioniert oder ob nicht. Unser Eindruck ist überwiegend, dass das in der Konstellation, wie es sich jetzt uns da darstellt, schwierig ist, weil das auf sehr engem Raum sehr eng beieinander ist und dass eben tatsächlich eine bestimmte auch inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen in sehr unmittelbarer Nähe zu dem Kaufverhalten von Büchern stattfindet, das ist schwierig miteinander. Da gibt es unterschiedliche Ideen, wie man das mehr trennen kann, weniger trennen kann. Darüber besteht Uneinigkeit, auch innerhalb des Beirates, wie man das sehen kann.

Das Bewusstsein bei Quantum vermag ich nicht zu beurteilen, weil, wie gesagt, wir mit Quantum ..., das ist nicht unser Gesprächspartner. Wir haben die Kollegin das eine oder andere Mal getroffen, die als Vertreterin benannt worden ist, aber unser Gesprächspartner ist immer die Behörde gewesen.

Helfen Extraräume?, ist eine von den Fragestellungen gewesen. Das haben wir bei der letzten Beiratssitzung diskutiert. Jein, ist die vermutlich ehrliche Antwort. Es hängt von den Räumlichkeiten ab, weil, wenn wir sagen, ein Lernort ist etwas, was wir brauchen oder wichtig ist in diesem Rahmen, dann muss ein solcher Ort auch entsprechend ausgestattet sein, um lernend zu arbeiten. Das heißt, man braucht irgendwie Exponate oder Materialien oder entsprechende Dinge, mit denen man wirklich arbeiten kann. Da ist sozusagen ein leerer Konferenzraum nicht die richtige Lösung, um ehrlich zu sein. Aber das ist etwas, wo wir auf dem Weg sind in der Diskussion und wo wir auch noch versuchen, das entsprechend zu bewegen.

Die Schwierigkeit in der ganzen Behandlung ist, glaube ich, tatsächlich eine - und das wird auch in diesem Ausschuss der Fall sein - es ist ein hochemotionales Thema, was aber gleichzeitig sachlich runtergebrochen werden will im Sinne von abwägen, im Sinne von, welchen Weg wählt man, ist es für die Stadt Hamburg richtig zu sagen, an dieser Stelle gibt es einen Informationsort, und wenn ja, wie soll der aussehen. Das ist aber davon abhängig, gibt es etwas anderes, was dann ein entsprechender Gedenk- oder Lernort sein kann. Das ist sozusagen der aktuelle Stand, auf dem wir auch als Beirat in der Diskussion stecken, wie wir damit umgehen unter den gegebenen Bedingungen. So weit von mir.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Streng hat sich gemeldet.

Herr Streng: Ja, ich kann an Frau Karger anknüpfen zu der Frage von Frau Vértes-Schütter, wie das jetzt mit der Weiterarbeit, insbesondere mit der wissenschaftlichen Begleitung eigentlich laufen könnte. Im Januar ist unsere nächste Beiratssitzung und als Moderator würde ich mich dafür stark machen, dass wir, ja, also früher nannte man so was Zausestunde oder so etwas Ähnliches. Also wir müssen noch einmal eine Grundsatzdebatte führen über die Frage, machen wir das jetzt so gespalten, dann kommen immer sechs

Tagesordnungspunkte, Kunst und dies und jenes und was fragen wir Quantum, und dann kommt eine Pause und dann setzt der Beirat das in verminderter Zusammensetzung fort und guckt sich das Konzept von Herrn Gies und von Herrn Diercks an. Ob das gedeihlich wird, daran kann man Zweifel haben, aber eines ist ja richtig, weil auch Herr Nachama einmal zitiert wurde, das will ich noch einmal tun: Bleiben Sie zusammen, wenn Sie aus der Tür gehen, geht die Geschichte auch weiter, nur ohne Sie. Und danach hat der Beirat, nachdem er das verkündet hat, ja in der vorletzten Sitzung gesagt, also wir wollen schon sehen, was die KZ-Gedenkstätte Neuengamme dargestellt durch Herbert Diercks sozusagen auf diesen 70 oder wie viel Quadratmetern immer nun, meint, unterbringen zu können und was nicht geht und wo es technische Möglichkeiten vielleicht noch gibt, und dass dann Gies und Missall das umsetzen und vor allen Dingen die Frage, wie das mit Tischen, was an der Wand und sonst wo ist. Das, ist meine Auffassung, lohnt immer noch ein Draufsehen, man kann ja zum Ergebnis kommen, also hier wird nur 30 oder 40 oder 20 Prozent dessen, was an sich sein müsste, realisiert, aber zu diesem Schluss kann man ja nur kommen, wenn man draufgeguckt hat. Wenn man nicht draufguckt, dann nimmt man sich ja aus der Debatte und dann macht die Kulturbehörde das gegebenenfalls allein oder sie. Und das ist wahrscheinlich wenigstens eine Richtung, über die man dann noch einmal eine Diskussion, und zwar möglichst mit allen Beiratsmitgliedern, führen muss.

Frau Kerth hat ja aus dem Konzept von Herrn Diercks berichtet. Da ist in der Tat keineswegs gesagt, das geht alles zu 100 Prozent, kann man prima unterbringen, sondern da sind große Zweifel auch geäußert worden und trotzdem ist das ja noch einmal wert, abgeprüft zu werden, wie denn diese Quadratur des Kreises, wenn es die wissenschaftliche Begleitung nun versucht umzusetzen und vor allen Dingen die grafische Begleitung und was man erledigen kann, dass man da drauf blickt.

Die Frage, die dann Herr Wersich stellte, sind die Auflagen erfüllt, was die Quadratmeter angeht? Offenbar ja. Sie haben ja in Ihrer Protokollnotiz noch einmal die Aufstellung gesehen. Danach haben wir natürlich auch gefragt. Also bei den 750, ist da fast ein Drittel Untergeschoss - und was ist im Untergeschoss? Da sind Toiletten und da ist ein Raum, wo die Stühle gelagert werden. Das hat Quantum mitgerechnet. Dann kommt das Erdgeschoss und da ist dann nicht nur der Arkadengang, und zwar ganz, aber da sind ja an sich zunächst nur diese Säulen und dann ist die Frage, was man da noch reinstellen kann. Dann ist das Café und dann ist die Buchhandlung auch mitgerechnet worden. Und das ist natürlich aus der Sicht des Beirats sehr zweifelhaft, ob das eigentlich wirklich das eigentliche Anliegen erfüllt hat. Immerhin, wir sprechen zwar nicht unmittelbar mit Quantum, aber wir schicken - wenn ich das einmal so respektlos sagen darf, Herr Senator - die Kulturbehörde einschließlich ihrer Leitung natürlich immer wieder los oder sagen, also das muss noch einmal mit Frau Lucas und mit Quantum und mit Schmidt und was weiß ich besprochen werden. Dann bewegen sich auch Dinge, nicht schnell genug, aber dass eine Raumperspektive wenigstens nicht von vornherein abgelehnt und diskutierbar war, auch das Görtz-Palais, wenn Sie vorbeikommen am Neuen Wall, da ist ja noch überhaupt nichts fertig. Zunächst wurde gesagt, alle Mietverträge sind geschlossen, das ist keineswegs so, denn Sie werden keinen Mieter finden, der in die Ruine geht, bei der noch Schutt liegt und so weiter. Also da haben wir den Eindruck, dass Bewegung ist. Auch die Beschilderung und auch diese Hinweise mit diesen merkwürdigen französischen Sprüchen, das, was Herr Hackbusch sagt, ist ja richtig mit la tortue und la torture, das liegt dicht beieinander, und wenn Sie heute vorbeigehen, jetzt bei dieser Beleuchtung und diese lila Lampen sehen, also man denkt ja, man ist in Drosselgasse in Rüdeshelm. Es ist einfach unwürdig, auch für die Freie und Hansestadt Hamburg, einmal ganz unabhängig von dem Gedenkort. Da werden wir natürlich auch noch einmal versuchen, in Gang zu kommen.

Und die Frage, andere Konzepte von früher, das hat ja Herr Wersich auch gefragt, das haben wir uns noch einmal berichten lassen. Also da waren ja auch einmal die Stadtteilkulturzentren irgendwie im Schwange, aber das ist gelaufen. Es gibt eine vertragliche Bindung zwischen Quantum und auch dem Missall und Gies, auch mit

bestimmten zeitlichen Fristen und so. Also da wenigstens ist die Erkenntnis wohl, dass sich daran möglicherweise nichts mehr wird ändern können.

Vielleicht so weit von meiner Seite.

Vorsitzende: Vielen Dank. Also nach meinen Notizen ist noch offen die Frage, ob im Beirat jemals darüber diskutiert wurde, in welche Art und Weise Opfer eingebunden werden könnten. Kann jemand ...

(Zuruf: Entschuldigung, ich habe das nicht ver..., ob wer eingebunden werden könnte, bitte? – Zuruf: Opfer!)

Nachkommen von Opfern. Es ist die Frage, ob jemand von Ihnen das noch beantworten könnte. Herr Kopitzsch, bitte.

Herr Kopitzsch: Ich will gern noch einmal auf die Fragen eingehen, weil, das ist immer so, es gibt nämlich, sicherlich auch noch einmal Frau Kerth, also Herr Nachama hat unter anderem wörtlich erläutert, ein Lernort ist ein Lernort, und das ist kein Lernort. Wenn man den Seufzergang und den Arkadengang dazurechnet, dann ist das Betrug, mindestens schräg und er hat noch ein anderes Wort dreimal benutzt, das erwähne ich jetzt nicht. Also er sagt, eine Buchhandlung ist grundsätzlich möglich, aber nicht so, wie es jetzt dort geschehen ist. Er hat uns dringend empfohlen, nicht nur weiterzumachen, sondern er hat uns auch dringend empfohlen, mit dem Investor zu reden. Das ist zweimal von uns auch in der dritten und fünften Sitzung an die Kulturbehörde herangetragen worden. Wir haben auch sogar Gesprächspartner benannt, dazu gehörte Herr Czech, dazu gehörte aber auch ich und Hans-Peter Streng. Wir sagen, wir stehen alle drei gern bereit, gemeinsam, wenn der Senator es möchte, mit Quantum zu sprechen, um noch einmal deutlich zu machen, auch aufgrund unserer langjährigen Berufserfahrung als ehemalige Bezirksamtsleiter haben wir ja mit dem Unternehmen gewisse Kontakte auch gehabt und gewisse Erfahrungen. Leider ist es zu diesem gemeinsamen Gespräch bis jetzt nicht gekommen, aber auch da kann man ja noch einmal drüber nachdenken.

Was das Thema angeht, Einbindung der Opfer, völlig richtig, lieber Herr Gögge, das ist ja eine Frage der Konzeption. Das ist eine Frage, wie man den Begriff Lernort eigentlich ausgestalten möchte, in welcher Form. Noch sind wir in der Situation, dass es tatsächlich Zeitzeugen gibt, die also noch wissen, wie ihre Eltern oder Onkel und Tanten dann dort gequält wurden und was sie auch an Eindrücken mitgenommen haben. Darum wird es gehen, auch wenn die Stelle geschaffen wird, spätestens dann, dass man dort sich zügig wissenschaftlich mit der Thematik noch einmal beschäftigt, beispielsweise durch Interviews und andere Dinge. Interessant ist eben auch, dass wir ja jetzt schon von den Enkeln sprechen, teilweise von den Urenkeln, also auch da müssen wir sorgfältig drauf achten. Das ist ja auch für die Frage der Vermittlung ein ganz entscheidender Punkt: Also wie komme ich eigentlich beispielsweise an junge Leute heran? Wie kann ich denen die Inhalte vermitteln? Und da weiß ich nur aus langjähriger Erfahrung, auch wenn meine Schüler ganz besondere Schüler waren, dass es immer wichtig ist, Persönlichkeiten und persönliche Schicksale darzustellen, weil, da kann man es sehr viel deutlicher machen. Und wenn man sich die in den letzten zehn Jahren entstandenen Ausstellungen beispielsweise in Auschwitz anguckt, im Stammlager, dann weiß man, dass dieses eine Lösung ist, die wirklich sehr, sehr gute Ergebnisse auch bringt, weil, ich habe immer wieder einen Blick dafür und das ist hier genauso. Wir sind in der guten Situation - Frau Kerth hat es gesagt -, dass VVN, aber auch AvS eben in den letzten Jahrzehnten sehr umfangreich auch selbst geforscht haben und wir haben ja für die Sozialdemokraten eine auch öffentlich zugängliche Datei von über 1 200 Persönlichkeiten für Hamburg und die VVN hat ebenfalls noch größere Zahlen, sodass da also von den Grundlagen her wirklich sehr, sehr viel dabei ist. Also da, glaube ich, gibt es in der Tat interessante Ansatzpunkte.

Die erste Frage von Frau Vértes-Schütter, ja die Zusammenarbeit mit Herrn Gies ist fachlich okay. Herr Gies kann nichts für die Rahmenbedingungen, das erwähnen wir auch jedes Mal ausdrücklich, aber auch Herr Gies kennt die Schwächen, dazu ist ja auch viel zu erfahren. Ich möchte ihn aber nicht in Verlegenheit bringen, dazu was sagen zu müssen.

Die Ausstellung selbst mit 50 Quadratmetern, hatte ich schon gesagt, lassen Sie mich das noch einmal an einem Beispiel erläutern: Also es hat Diskussionen natürlich gegeben, na ja, gut, wenn wir nur 30 oder 50 oder 70 Quadratmeter haben, dann müssen wir halt einmal was von den Inhalten wegnehmen, also nach dem Motto, dann machen wir einmal nur Gestapo. Entschuldigung, das geht überhaupt nicht. Wir reden von einem System, einer Dimension von Terror und Unterdrückung und da, wissen wir alle, sollten wir mindestens wissen, dass daran eben nicht nur Polizei beteiligt war und nicht nur die Gestapo, sondern die Ordnungspolizei, also die Schutzpolizei, die Kriminalpolizei, die Verwaltungspolizei, das geht bis zum Finanzamt und zur Deutschen Reichsbahn. Also das ist ein Punkt, das muss man als System endlich einmal darstellen. Das ist ja auch der Charme der Lösung, die man in Berlin gefunden hat, aber auch in Köln, in Düsseldorf in Ansätzen, Köln noch umfangreicher, und vor allen Dingen in München mit dem Dokumentationszentrum, wo man das einmal zusammenführt. Und der Hinweis, wir haben ja schon eine ganze Menge und das kann man dann woanders machen, da muss man die Frage klar beantworten, wo. Ich habe 16 Jahre lang die Konzeption des Polizeimuseums vertreten, zum großen Teil auch mitentwickelt, vertreten, immer wieder Veränderungen vorgenommen mit anderen Kolleginnen und Kollegen und mit dem Polizeiverein und letztlich durfte ich es dann 2014 einweihen. Wir waren auch in genau dieser Situation und haben gesagt, was machen wir denn. Und dann landet man eben nur bei Teilaspekten, aber insgesamt das Darstellen der Strukturen. Also ich kann ja jetzt auch nicht hingehen und sagen, gut, dann machen wir halt einmal das Thema, ich habe es vorhin erwähnt, Polizeibataillone und Völkermord und dann nehmen wir das Thema Holocaust. Dann blenden wir das Thema Bandenbekämpfung, was Völkermord war, raus. Dann nehmen wir das Thema Intelligenzaktion in Polen seit September 1939 raus. Das kann so nicht funktionieren. Die Komplexität des Themas - und das ist vielleicht auch eine Antwort auf die Frage, die hier mehrfach gestellt wurde zum Thema Buchhandlung -, die Komplexität, die Dimensionen erfordern schon einen breiteren Ansatz, weil es sonst nicht funktioniert und weil man es sonst auch nicht erklären kann. Und ein Thema, mit dem wir uns beide sehr intensiv beschäftigen und unsere Organisation, ist eben das Thema Widerstand. Da war immer so, da sind keine Quellen da. Wir wissen heute über den Widerstand sehr viel mehr, als noch die Wissenschaftler vor 30 Jahren vielleicht vermutet hätten, weil es wirklich möglich ist herauszukriegen, wie sind die Strukturen gewesen, wie sind die denn unterwandert worden. Und es wurde ja im Wesentlichen mit Spitzeln gearbeitet. Wer war das? Also das ist ja eine ganz wichtige Frage auch für zukünftige Diskussionen.

Dann die Frage der Buchhandlung: Grundsätzlich kann es funktionieren, aber nicht in der Dimension dieses Ortes, um es einmal ganz deutlich zu sagen. Das hat auch Herr Nachama, aber auch andere, auch Johannes Tuchel, auch sehr deutlich nach Besuchen dort gesagt. In dieser Form wird das so nicht funktionieren. Es erfordert übrigens eine hohe Fachkompetenz auch auf der historisch, politisch, gesellschaftlichen, pädagogischen Ebene. Das ist eine Belastung, die kann ein einzelner Mensch überhaupt nicht leisten. Das muss man auch einmal ganz klar sagen dazu.

Übrigens, noch etwas anderes, weil das auch immer wieder kommt: Eine Cafeteria in einer Gedenkstätte oder in einem Museum, ist nicht gleichzusetzen mit dem Café, was wir dort vorfinden. Das ist eine völlig andere Intention. Deswegen ist das auch keine gemeinsame Lösung, von der wurden wir auch erst noch einmal überrascht, aber es hat sich ganz schnell erwiesen, dass das so nicht funktioniert und dass das so auch nicht ist.

Ich glaube nicht, dass es Quantum bewusst war, um welchen Ort es sich handelt. Es wäre aber möglich gewesen, entsprechende Informationen zu gewinnen. Es sitzen hier im Raum

mehrere Leute, die das problemlos auch damals hätten gekonnt. Also zum Zugang zu Quantum habe ich einiges gesagt.

Zusätzliche Räumlichkeiten, ist eine spannende Frage. Die halte ich für durchaus zukunftsfähig, sage ich einmal ganz offen. Natürlich misst man Gedenken nicht an Quadratmetern, das weiß ich auch, muss mir auch keiner mehr erzählen, aber es gibt schon einen gewissen Maßstab, den man braucht. Und da muss man eben noch einmal genau gucken, was ist eigentlich möglich. Wir wissen, dass derzeit ja das Görtz'sche Palais, da steht ja nur noch die Fassade, in Planung und wahrscheinlich auch im Bau ist oder so, die Bauanträge ... Also das Görtz'sche Palais ist eben ja auch noch in der Geschichte noch viel älter als das Stadthaus, ist zwar ein Teil des Stadthauses, das Görtz'sche Palais ist aber auch immer der Punkt gewesen, wo die Führungskräfte gesessen haben. Ich habe es ja vorhin nicht umsonst erwähnt, vor diesem Görtz'schen Palais war eben auch der Führungsbunker der Hamburger Polizei während der Luftangriffe ab 1943, vorher war der Bunker nicht fertig. Aber auch da gibt es vielleicht Ideen, über die man nachdenken kann.

Das Thema, was vorher war, ist ein ganz trauriges und erschütterndes. Man muss zwei Senatorinnen erwähnen, und zwar einmal Anja Hajduk und einmal Jutta Blankau, die sich beide bemüht haben, dort noch etwas zu machen. Aber da war eigentlich schon klar, nicht schon klar, es war das Gebäude schon verkauft. Aber Anja Hajduk hat sich sehr intensiv gekümmert um das Thema Stolpersteine vor dem Gebäude und Anja Hajduk hat sich auch sehr intensiv gekümmert um die Frage, was ist eigentlich noch an alter Bausubstanz da. Jutta Blankau hat noch 2013 beim Auszug der Baubehörde und der Umweltbehörde eine Verabschiedung gemacht unter anderem mit Jens-Peter Burmester als Zeitzeugen, mit Hans-Peter Strenge und mit meiner Wenigkeit, wo wir noch einmal sehr deutlich den Mitarbeitern - und es waren über 300 der Mitarbeiter anwesend - gesagt haben, welches Gebäude das eigentlich war, das sie jetzt verlassen. Für viele war das völlig überraschend.

Es gibt einen Ansatz aus dem Jahre 1948, ein Schreiben der Opfer des Stadthauses an den damaligen Bausenator Dr. Paul Nevermann mit der Bitte, dieses Thema doch bitte in den Senat einzubringen, zumal auch noch entsprechende Räumlichkeiten vorhanden waren. Der Senat hat sich mit dem Thema nicht weiter befasst.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Kerth.

Frau Kerth: Ja, also erst einmal noch einmal zum Thema Quantum. Ich meine, Quantum hat einen Vertrag unterschrieben, in dem sich der Investor verpflichtet hat, eine Gedenkstätte, Gedenk- und Lernort auf 750 Quadratmetern zu errichten. Das ist das eine. Und das Zweite, das geht auch aus einer Senatsantwort auf eine Anfrage hervor, hat Quantum in dem Bewerbungsprozess damit geworben, dass sie beraten werden von Professor Nachama. Das heißt, sie haben durchaus gewusst, worauf sie sich einlassen. Und ich muss einmal ehrlich sagen, das, was an Beschriftung und, ich sage einmal an Konzept für die Bewerbung der Stadthöfe und insbesondere vom Hotel Tortue bekannt ist, das können wir und insbesondere die Angehörigen nur als blanken Zynismus empfinden. Das ist schon einmal das eine.

Das Zweite ist, also Verbindung von, ich sage einmal kommerziellem Angebot und Gedenken, das ist ja schon auch eine Frage der Proportionen. Also ich sage einmal, es sind 90 000 Quadratmeter Kommerz und in 90 000 Quadratmetern Kommerz gibt es jetzt 50 Quadratmeter Gedenken beziehungsweise vorgesehen laut Plan 250 Quadratmeter Gedenken im Erdgeschoss, wovon also 50 für die Ausstellung und der Rest für Café und Buchhandlung draufgehen. Also das sind Proportionen, bei denen ich einfach sage, das geht gar nicht. Es ist ja schon gesagt worden, wenn in einer Gedenkstätte oder, ich sage einmal, wenn im Museum für Hamburgische Geschichte unten das Café FEES drin sitzt, ist das ja was vollkommen anderes als wenn man eine Ausstellung in so eine Buchhandlung und ein Café platziert, wo ich einfach einmal sagen muss, gemessen an den gigantischen

Verbrechen, für die das Stadthaus steht, ist das, was da an Fläche übrig geblieben ist für eine Ausstellung schon fast ein Vogelschiss. Also muss man einfach so sagen.

Dann zum Thema Vertragstreue. Wir hatten als Initiative ja eine Petition an den Eingabenausschuss der Bürgerschaft gerichtet, weil wir schon der Meinung sind, dass es nicht Angelegenheit des Beirats ist. Beim Beirat geht es ja sozusagen darum, welche Anforderungen hat man inhaltlich, welche Fläche steht zur Verfügung, wie lassen sich Anspruch und Fläche miteinander verbinden. Das ist die Aufgabe des Beirats unserer Auffassung nach. Und die Frage, hat der Investor seine Verpflichtungen erfüllt, ist nach unserer Auffassung eine Angelegenheit, über die die Bürgerschaft befinden muss. Dementsprechend haben wir eine Petition an den Eingabenausschuss der Bürgerschaft gerichtet, die Bürgerschaft möge das prüfen. Diese Eingabe ist leider mit einer Gegenstimme abgelehnt worden. Aber ich nutze gern die Gelegenheit, hier noch einmal zu sagen, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, bitte nehmen Sie sich einfach noch einmal diesen Vertrag vor und gehen Sie einmal in die Stadthausbrücke 8 a und gucken Sie sich an, was dort ist und entscheiden Sie dann selbst, ob das, was dort zu sehen ist, in irgendeiner Weise diesem Vertrag entspricht. Die Kulturbehörde wird nicht müde, öffentlich immer wieder zu sagen, ja, Vertrag erfüllt. Mir fehlt dafür also absolut jedes Verständnis.

Und – Moment – zum Thema zusätzliche Räume, es ist ja schon angesprochen worden, das Görtz'sche Palais steht ja sozusagen noch an, nicht nur als ehemaliger Teil des Stadthauses, sondern auch als künftiger Teil der Stadthöfe, und wir sind der Meinung, das, was in dem jetzt fertiggestellten Komplex nicht möglich ist, könnte da ja frühzeitig berücksichtigt werden. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass es im Görtz'schen Palais die Einfahrt war, durch die die Häftlinge mit den Transportfahrzeugen der Polizei auf den sogenannten Gestapo-Hof gebracht worden sind, von wo aus sie dann auf die Zellen verteilt worden sind. Also wir bitten herzlich darum, bei der Frage, gibt es zusätzlichen Raumbedarf, erstens diesen zu sehen, und zwar größer als das, was nun in der Hausnummer 8 a ist, und dafür auch das Görtz'sche Palais in Betracht zu ziehen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Kerth. Seien Sie versichert, der Ausschuss hat da auch großes Interesse daran, die Örtlichkeiten kennenzulernen, um auf einer soliden Basis überhaupt sich dem Thema nähern zu können. Und die meisten Abgeordneten haben die Gelegenheit wahrgenommen, die wir hatten vor der eigentlichen Eröffnung sozusagen, einmal die Situation vor Ort zu betrachten.

Herr Czech, jetzt sind Sie dran.

Herr Czech: Ja, gestatten Sie mir auch noch zwei Bemerkungen. Also zunächst einmal ist das eigentlich ein aus meiner Sicht außergewöhnlicher Beirat, denn Frau Karger hat es ja vorhin schon gesagt, wir sind ein Beirat der Kulturbehörde und ich kenne es eigentlich aus anderen Beiräten immer so, dass man Konzepte vorgelegt bekommt und sagt, okay oder nicht okay oder da müsst ihr noch nachbessern, und ich möchte jetzt einmal ein bisschen uns selbst als Beirat auf die Finger klopfen. Wir haben über viele Aspekte gesprochen, die jetzt schon aus dem Beirat heraus im Grunde in Addition zu dem, was bisher eingebracht worden ist, auf den Weg gebracht worden sind. Also, das ... die künstlerische Intervention, aber auch die Raumfragen und so weiter, da ist schon tatsächlich das eine oder andere wirklich in Bewegung geraten.

Das macht auch die Komplexität – und damit komme ich zur Beantwortung der Fragen – aus. Wir haben es hier nicht mit einem homogenen Ort und einer homogenen Aufgabenstellung zu tun, sondern hier sollen Informationen, Gedenken, Lernen, Sensibilisieren und noch viele andere Aspekte unter einen Hut gebracht werden. Das muss man differenzieren in der Darstellung und das ist auch der Punkt, an dem wir immer untereinander sehr intensiv streiten, was ist wo möglich. Es ist sehr wohl möglich, einen Buchhandel mit einem Ort der Information und auch einem Ort des Lernens zu kombinieren.

Wenn man auf den Aspekt des Gedenkens schaut, ist das wieder ein bisschen ein kompliziert. Also, wie kann man sich das vorstellen, dass jemand da den neuesten Roman von der Buchmesse links an der Kasse kauft und unmittelbar daneben, in zehn Meter Entfernung, findet Gedenken statt.

Das kann man vielleicht aber auf andere Art und Weise lösen und das sind eigentlich die Impulse, an denen wir arbeiten - wie kann da diese künstlerische Intervention möglicherweise wirken, wie kann es an anderen Orten im Komplex da wirken. Das sind sehr intensive, also eigentlich aktive Komponenten, die aus der Beiratsarbeit hervorgehen. Und, ich muss es betonen, das ist ja ein Work in Progress. Das ist ja noch nicht abgeschlossen. Also wir setzen uns mit den Konzepten, mit den Erarbeitungskonzepten auseinander und das markiert den Status quo. Da ist eine endgültige Beurteilung aus meiner Sicht jetzt noch gar nicht möglich, was geht und was geht am Ende auch nicht. Es ist vorstellbar, dass bestimmte dieser Aufgaben, über die wir jetzt gesprochen haben, vielleicht nicht lösbar sind. Eine endgültige Beurteilung, noch einmal, kann ich an dieser Stelle noch gar nicht da in diesem Zusammenhang sehen.

Und noch eine letzte Bemerkung zum Thema zusätzlicher Räumlichkeiten. Auch ich sehe darin durchaus ein Potenzial, denn es ist ja so, also wenn Sie jetzt ... gestatten Sie mir doch einmal die Brücke zum Museum hin, es ist ja auch bei uns so, dass neben dem Besuch von Ausstellungen und Präsentationen es immer die museumsdidaktischen Räume gibt, in die man dann anschließend mit einer Gruppe hineingeht, um Vertiefungsarbeit und so weiter zu leisten. Das kann ich mir persönlich – das ist meine Sichtweise – durchaus in dem Komplex vorstellen, aber auch das kann man natürlich endgültig erst beurteilen, wenn man weiß, wie sehen die Räume denn aus, wo liegen sie im Komplex und so weiter. Also auch da sind noch offene Fragen im Raum, an denen man aber, glaube ich, auch weiter arbeiten muss und an denen es auch lohnend ist, aus meiner persönlichen Beurteilung, weiter zu arbeiten.

Vorsitzende: Ja, vielen herzlichen Dank für diese erste Antwortrunde sozusagen. Auf meiner Redeliste habe ich jetzt Wolfgang Rose.

Abg. Wolfgang Rose: Ja, ich fand die Schilderung der ganzen Verbrechenssituation am Anfang auch sehr beeindruckend. Ich will jetzt mich den Dankesworten, die es dazu gab, noch einmal anschließen. Aber es ist ja ein Prozess der Kommunikation, den es auch vor dieser heutigen Sitzung schon gegeben hat, sodass wir noch einmal ein Stück weit auch miteinander in der Diskussion sind, wenngleich ich das – wenn ich die persönliche Bemerkung mir einmal erlauben darf – auch als eine sehr schmerzhaft Behandlung dieser Auseinandersetzung empfinde. Ich habe mich selbst immer auch als Teil der Aufarbeitungsgemeinde in dieser Stadt begriffen und merke, dass wir jetzt in eine Polarisierung auch teilweise hineingekommen sind, die nicht einfach zu bewältigen ist. Aber es ist, wie es ist, ich habe mich auch damit noch einmal befasst, wie die parlamentarische Beratung in den vergangenen Jahren gelaufen ist. Es ist eben auch schon gesagt worden, was da in der Vergangenheit stattgefunden hat. Was man aber auf jeden Fall feststellen muss, ist, dass wir nach dem Verkauf 2009 bis zu dieser jetzigen Zeit einfach feststellen müssen, da haben wir versäumt, diese Thematik sozusagen wirklich anzufassen und von uns aus da auch initiativ zu werden. Will ich mir gern auch selbst zuschreiben. Die Information über Jutta Blankau zum Beispiel ist neu für mich, ist mir in der Zeit nicht bekannt geworden, wie auch immer.

Die Punkte, die genannt worden sind schon und die noch Fragen beinhalten, die werden ja eine Rolle spielen in der Senatsbefassung, die ganze rechtliche Frage, auch die ganze Frage, was da noch möglich ist. Das ist eine Sache, da können wir uns als Parlamentarier mit beschäftigen, aber wir sind nicht diejenigen, die das ausführen, sondern wir müssen dann beauftragen, prüfen, nachfragen, was da möglich ist. Auch die Frage der rechtlichen Bewertung können wir noch einmal nachfragen, das werden wir tun, das wird dann beim nächsten Mal mit drankommen.

Wir sind in einer Situation, wo ich manchmal einfach in diesen Diskussionen das Gefühl habe, ich würde mir wünschen, wenn ich mich nicht nur in die Situation derjenigen, die das nun noch einmal scharf anklingen, hineinversetzen soll, sondern wenn wir auch umgekehrt eine Situation hätten, wo die Frage beantwortet wird, ja, wenn all das und das und das und das nicht geht, was geht denn? Oder ist das Thema durch? Also ich will die Frage einmal so, wie ich sie empfinde jetzt, einfach hier noch einmal in den Raum stellen, ohne dass ich da jetzt jemand direkt mit ansprechen will.

Wenn ich die Positionen höre, was möglicherweise Aufgaben dieses Gedenkortes sein können, wenn es der der Gesamtkomplexität entsprechende Gedenkort nicht sein kann, dann interessiert mich insbesondere, Herr Czech, noch einmal vielleicht eine etwas stärkere Konkretisierung, was es ist, Erstinformation, was es ist, Aufmerksamkeitspunkt, was es ist, auch welche Kombinations- und Kooperationsmöglichkeiten mit den anderen Gedenkortern in der Stadt beziehungsweise mit Neuengamme, mit Hannoverschem Bahnhof und so weiter da auch denkbar sind. Wenn ich richtig informiert bin, ist es ja so, dass am Hannoverschen Bahnhof sozusagen räumlich eine ganze Menge auf dem Weg ist, und gibt es dort Kombinationsmöglichkeiten, auch wenn das natürlich Entfernungen sind, die ja nur einen Sinn machen, wenn man dann sozusagen auch beide Objekte in beispielsweise einen Projekttag an der Schulklasse sozusagen mit aufnimmt.

Das sind die Punkte und ... also die mich jetzt noch weiter interessieren. Wir sind in der Situation, dass wir 2009 den Kaufvertragsbeschluss des damaligen Senates sozusagen als Ausgangslage zur Verfügung haben und dass wir sehr intensiv am Diskutieren und Beraten darüber sind, was ... nicht nur, was sozusagen jetzt nicht möglich ist, sondern eben auch, was noch möglich sein kann. Und das ist die Fragerichtung, die ich habe, insbesondere eben auch auf die Punkte, die ich eben genannt habe. – Danke schön.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wer möchte den Anfang machen? Herr Czech?

Herr Dr. Czech: Ja, Sie haben mich direkt angesprochen, deshalb antworte ich auch gern.

Aus der Prüfung heraus - ich hatte den Begriff Erstinformationsort ja verwendet - kann für mich herauskommen, dass es zunächst einmal ein Ort der Bewusstseinsbildung sein kann. Denn bei allen Einschränkungen, die wir jetzt schon hinlänglich hier aufgefaltet haben, ist eines – und da möchte ich noch einmal an mein Eingangsstatement anknüpfen – für mich sehr wichtig: Ich glaube, dass sehr viele Menschen und vor allem sehr viele Besucher der Stadt Hamburg, sehr viele Touristen, die Rolle dieses Ortes und vor allem auch die Rolle der Polizei und der verschiedenen Ordnungsdienste im NS-Staat überhaupt nicht vor Augen haben. Das ist etwas, was wir bei unserer Vermittlungsarbeit immer wieder feststellen. Es gibt doch sehr stark noch die klassischen Bilder. Das heißt, der Bildungsauftrag, da ein breiteres Bewusstsein zu schaffen, besteht aus meiner Sicht auf jeden Fall. Und das am authentischen Ort zu erzeugen, eine Aufmerksamkeit dafür zu erzeugen, liegt unmittelbar auf der Hand. Das bedeutet, es muss ein Konzept erarbeitet werden – und noch einmal, ich kann Ihnen am jetzigen Punkt nicht sagen, ob das funktioniert oder nicht funktioniert – darüber, zumindest über die verschiedenen Facetten, die Herr Kopitzsch ja hier aufgezeigt hat, erst einmal eine allgemeine Information zu setzen, die vielleicht auch das Interesse an einer Mehrinformation für Besucher, die auch quasi damit mehr oder weniger zufällig konfrontiert werden in der Bewegung durch dieses Einkaufszentrum, was es ja letzten Endes ist, auch zu schaffen.

Richtig ist die Frage, dass viele der Inhalte an anderen Stellen in der Stadt momentan nicht präsent sind. Das heißt, wenn man über ein Netzwerk oder Ähnliches spricht, dann muss man sich auch die gesamte Gedenklandschaft Hamburgs noch einmal anschauen, auch schauen, wo gibt es Kooperationsmöglichkeiten, wo gibt es auch zusätzliche Informationsangebote, die es auch in der Zukunft noch zu erarbeiten gibt – da nehme ich uns

Museen auch ausdrücklich mit in die Pflicht, das ist auch sicherlich eine Aufgabe der historischen Bildungsarbeit der Museen –, und wo ist schon vertiefende Information vorhanden, wie zum Beispiel, Sie sprachen den Hannoverschen Bahnhof an, was entsteht da und welcher der Aspekte kann dort vertieft werden auch.

Das muss ausdifferenziert werden. Das kann aber erst ausdifferenziert werden, wenn wir ein klares Bild auch von den Möglichkeiten dieses Ortes haben. Darin liegt aber in meiner Perspektive durchaus auch ein großes Potenzial, nicht einen einzigen Ort in der Stadt zu haben, wo alles erschöpfend dargestellt wird, das werden wir auch gar nicht leisten können, sondern eben tatsächlich die authentischen Orte, wie wir es beim Hannoverschen Bahnhof zum Beispiel haben, oder eben auch hier diese Orte auch in ihrer Bedeutung ins städtische Bewusstsein quasi hineinzuschieben und dort wirklich Bewusstseins-schaffung im ersten Ansatz zu machen und dann die Vertiefungsmöglichkeiten auszuloten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Kopitzsch.

Herr Kopitzsch: Ich würde das gern noch einmal vertiefen, was Herr Czech völlig zu Recht gesagt hat. Ganz wichtiger Punkt authentischer Ort. Also es muss in der Tat eine Beziehung geben. Also, der Hannoversche Bahnhof ist der letzte Schritt vor dem Ende und so muss man ihn auch darstellen und sollte man ihn darstellen. Inwieweit man jetzt an diesem Ort die grundsätzlichen Entwicklungen, die dazu geführt haben, breit darstellt oder breiter darstellt, ist eine Frage, der man sich, glaube ich, so in dieser Form noch gar nicht gestellt hat. Das wäre aber eine der Kernfragen.

Das heißt aber, man müsste noch einmal möglicherweise über die Konzeption nachdenken, was ich aber für in diesem Moment außerordentlich schwierig halte. Es muss immer der authentische Ort sein, und das heißt, beim Thema Widerstand – das hat Frau Kerth ja vorhin auch schon einmal beschrieben – ist der Transport der im Stadthaus verhafteten, verhört, gefolterten Wehrunwürdigen, als Bewährungseinheit dann später 999, der ist vom Hannoverschen Bahnhof aus erfolgt. Das ist aber der Schlussstein für viele gewesen. Und die ganze Vorgeschichte, warum sind die eigentlich so geworden, das ist Stadthaus.

Was noch ganz wichtig ist - das ist vorhin auch in einem Beitrag gesagt worden, das ist wieder so der Punkt, den Herr Czech auch angesprochen hat, den finde ich wichtig: Man muss sich bitte noch einmal die gesamte Innenstadt vor Augen führen und dann auch einmal klar die Frage beantworten, wo haben wir denn wirklich was. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Czech. Manches haben wir, manches haben wir nicht. Aber wir reden vom Stadthaus, wir reden von der in unmittelbarer Nähe zeitweise gewesenen Dependence des Judenreferats in der Düsternstraße, wir reden vom Polizeigefängnis Hütten, wir reden vom Strafjustizgebäude, wir reden vom Sondergericht, Hanseatisches Oberlandesgericht heute, und wir reden vom Untersuchungsgefängnis. Und dann ziehen Sie einmal um das Stadthaus mit einem Zirkel einen Kreis von 1 Kilometer Durchmesser und dann wissen Sie, worum wir eigentlich ringen müssen, um dieses Thema.

Also das ist eine enorme Herausforderung, vor der im Übrigen kaum eine andere Stadt in dieser Republik gestanden hat und auch steht. Das muss man auch einmal sehen. Denn das Ensemble des Stadthauses, Görtz'sches Palais und die Gebäude selbst dürfte nach Berlin das größte überhaupt im Reichsgebiet gewesen sein, in dieser Totalität. Sehr häufig waren die Dienststellen voneinander getrennt. Das sind sie hier nicht. Die Dienststellen der Polizei sind im Wesentlichen alle in diesem Gebäudekomplex untergebracht gewesen. Auch das ist eine Besonderheit.

Also, die Frage Netzwerk, da hat Herr Czech alles dazu gesagt. Aber wie gesagt, das ist eine spannende Herausforderung. Andererseits müssen wir jetzt noch einmal gucken, wenn diese Stelle geschaffen wird, muss man genau gucken, was soll sie eigentlich leisten. Und, glaube ich, das ist noch auch für den Ausschuss ein ganz wichtiger Punkt. Und auch noch

einmal zu gucken, was leisten denn eigentlich die Kolleginnen und Kollegen, die ich neulich kennengelernt habe und habe sie einmal durchs Polizeimuseum geführt, was sollen die eigentlich leisten beim Hannoverschen Bahnhof. So. Gibt es da Ergänzungen, Zusammenspiel, da vertraue völlig auf die KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit ihrer hohen Fachlichkeit. Aber das ist eine Frage, die wir jetzt in dieser Situation uns sehr genau angucken.

Also, es gibt sicherlich einige wenige Punkte, die inhaltlich nicht klar sind in der Geschichte der Polizei. Also unklar ist beispielsweise, bis auf einige Erkenntnisse, die wir haben, das Thema Beteiligung '39 Intelligenzaktion und '40 Außerordentliche Befriedungsaktion in Polen. Die Frage der Beteiligung bei den Aussiedlungen, wie es damals im Fachjargon hieß, also nichts anderes als Deportationen in Polen, was ist da eigentlich passiert? Wir wissen relativ wenig über den sogenannten Sondereinsatz des Polizeibataillons 104, Ungarn 1944. Auch das ist eine offene Geschichte, die kann man aber sicherlich klären. Es gibt also ein paar Punkte, wo wir dringend wissenschaftlich auch unbedingt ran müssen, um vielleicht noch ein bisschen mehr auch nur über Zeitzeugen zu erfahren. Und wie gesagt, das sind so Dinge, wo ich auch anregen würde, dass Sie sich das verstärkt auch noch einmal anschauen und sagen, was ist da eigentlich machbar, in dem Sinne, wie Herr Czech das wunderbar formuliert hat.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ergänzungen Ihrerseits? Frau Kerth?

Frau Kerth: Also, einfach vielleicht noch einmal ganz kurz: Natürlich kann ein Informationsort an andere Orte verweisen. Herr Kopitzsch hat ja eben gerade schon einmal gesagt, welche Orte das sein könnten. Da war zum Beispiel kein Ort dabei, bei dem eine umfängliche Darstellung und Würdigung des Widerstands durch Biografien möglich wäre. Das müsste unseres Erachtens schon genau an diesem Ort sein, denn, ich sag 'mal, dass das auch Thema sein könnte und sollte im Museum für Hamburgische Geschichte, finde ich eine wunderbare Idee, aber das kann selbstverständlich nicht der Ort sein, sondern da gehen wir davon aus, dass das im Stadthaus sozusagen passieren müsste. Und wenn wir auf der einen Seite sagen, also diese 50 Quadratmeter sind es nicht, also natürlich, wir haben ja durchaus schon eine erste Vorstellung dessen gehabt, was auf den 50 Quadratmetern sozusagen gestalterisch möglich ist und welche Inhalte in diese gestalterischen Möglichkeiten passen. Das haben wir ja alles schon gesehen. Und wenn wir sagen, das ist nicht mehr als sozusagen ein erster Ort, dann sind wir der Meinung, es muss eben auch ein weiterführender Ort in diesem Komplex möglich sein. Und nachdem halt das Görtz'sche Palais sozusagen noch als Projekt vor uns steht, sind wir der Meinung, das wäre der Ort, der dafür anzupfeilen wäre.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Hackbusch.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich bin immer noch am meisten beeindruckt von dem ehemaligen Polizeipräsidenten, der mir jetzt viele Beispiele dort eben genannt hat aus der Geschichte der Polizei. Das finde ich schon immer wieder beeindruckend.

Im Zusammenhang mit dem Beirat und den Aufgaben ist mir schon deutlich geworden, dass bei Ihnen sehr unterschiedliche Vorstellungen davon existieren. Also, meine Vorstellung davon zugegebenermaßen hier vom Ausschuss war diejenige, dass man sagt, der Beirat prüft eigentlich, inwieweit dieser Ausspruch von Herrn Grolle, dass es die Bewährungsprobe für die Art und Weise der Erinnerungskultur in Hamburg ist, dass der Beirat das beurteilen soll und uns dazu auch was sagen sollte, ja auch zivilgesellschaftlich und nicht so sehr im Beirat im Auftrag der Kulturbehörde, um 50 Quadratmeter mit Leben zu füllen. Das ist ja so ein bisschen so, sehe ich das Spannungsverhältnis da drin, wo ich auch in den verschiedenen Äußerungen das sehe, und ich finde auch, es ist schon notwendig, diese Fragestellung also wirklich im großen Rahmen zu beurteilen, weil ja auch, das will ich noch

einmal sagen, ja auch in Erinnerung für uns, die sich damit länger beschäftigt haben, für uns waren diese 750 Quadratmeter in der Drucksache, die uns dargestellt worden ist, als das verkauft worden ist, ja auch ein Versprechen. Mir ist immer noch völlig unklar – das wird Herr Brosda uns sicherlich bei der Senatsbefragung noch einmal erklären –, wie man von 750 Quadratmetern auf 50 kommen kann. Ich habe es immer noch nicht verstanden, aber das ist ja eine der ganz großen Sachen, die in gewisser Weise für uns das Versprechen an die Öffentlichkeit auch war, und mit der Sache wäre die Diskussion auch gegenwärtig ja anders.

Meine konkrete Frage bezieht sich aber noch einmal auf einen Aspekt, wo ich noch einmal hinausgehen will auf die Art und Weise von Erinnerungskultur und was eigentlich fehlt, weil, das war dasjenige, was Herr Wersich, finde ich, falsch ausgedrückt hat. Für mich einer der wichtigsten Punkte im Zusammenhang mit Erinnerungskultur ist auch dasjenige daran, dass es Widerstand in Deutschland gegeben hat. Und das ist für mich für in gewisser Weise ja auch als politischer Mensch in diesem Land eine sehr wichtige Angelegenheit, dass es nicht so ist, dass diejenigen, die gewisser Weise meine Geschichte darstellen, ohne Widerstand da gestanden haben. Das ist für mich auch eine sehr politisch wichtige Auseinandersetzung, diese zu haben nach dem Motto, ich bin nicht nur aus einem Volk, was nur Tätervolk gewesen ist, sondern es gibt dort auch eine positive Geschichte, auf die ich mich beziehen kann im Zusammenhang mit Widerstand. Und das ist ja die andere Seite von der Polizeiunterdrückung.

Diese Fragestellung halte ich für gegenwärtig in der Erinnerungskultur unterbelichtet. Ich sehe viele Stellen im Zusammenhang mit Hannoverschem Bahnhof und im Zusammenhang auch mit Neuengamme, wo immer, wollen wir einmal sagen, immer die Opferrolle dargestellt worden ist, aber auch nicht, dass es Widerstand gegeben hat. Deswegen ist es für mich eine sehr wichtige politische Fragestellung. Und das interessiert mich, inwieweit das eigentlich in der Diskussion des Beirats auch schon eine Rolle gespielt hat als politische Fragestellung und natürlich auch im Zusammenhang mit Beispielen in anderen Städten, inwieweit dieses Moment auch von Erinnerungskultur stärker dargestellt worden ist.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ja, wer möchte zunächst antworten? Frau Kerth.

Frau Kerth: Ja. Ich möchte zur Eingangsfragestellung vielleicht noch Folgendes sagen. Es ist ja nicht nur so, dass der Beirat das diskutiert oder dass die Initiative irgendwie öffentlich interveniert. Es hat ja durchaus auch schon Stellungnahmen gegeben von Dritten gegenüber dem Senat, gegenüber dem Beirat zu dem Stadthaus. Dazu gehört also einmal ein Schreiben von ungefähr 20 durchaus bekannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die einschlägig tätig sind, die im Grunde genommen dem, was sich in Stadthausbrücke 8a entwickelt, ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt haben. Es gibt zum Beispiel auch eine Intervention des Netzwerks Lagergemeinschaften. Das heißt, dort sind Lagergemeinschaften, Lagergemeinschaft Ravensbrück, Lagergemeinschaft Buchenwald, Lagergemeinschaft Sachsenhausen, die AG Bergen-Belsen und so weiter vertreten, die sich ebenfalls mit einer Intervention an den Senat beziehungsweise an den Kultursenator gewendet haben. Das sind Schreiben, die üblicherweise wohl nicht beantwortet werden, die auch keinem größeren Publikum bekannt sind, die aber durchaus Zeugnis davon ablegen, dass man außerhalb Hamburgs zur Kenntnis nimmt, wie hier mit diesem Erinnerungsort und dem Erinnern an Widerstand und Verfolgung umgeht und dass man das eben auch an anderen Orten doch scharf kritisiert.

Über das Thema Widerstand haben wir im Beirat gesprochen, aber tatsächlich nur unter dem Aspekt, dass es in dem gegenwärtigen Konzept dafür keinen Platz gibt und dass es dann eben einen anderen Ort geben muss, wo das stattfindet, und wir sind der Meinung, auch dieser Ort muss im Stadthaus-Komplex liegen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ergänzungen noch? Herr Kopitzsch.

Herr Kopitzsch: Ja, ich würde das noch ganz kurz ergänzen wollen. In der Tat, da hat Herr Hackbusch völlig recht, das Thema Widerstand ist in der Stadt sehr unterschiedlich gehandhabt worden. Es gab Phasen vor ungefähr 30, 35 Jahren, noch unter Klaus von Dohnanyi, als man sich der Thematik wirklich intensiver angenommen hat. Aber irgendwie ist das dann wieder nicht zum Erliegen gekommen, aber so ein bisschen aus dem Blickpunkt geraten.

Ich habe ja vorhin erwähnt, dass die AvS, aber die VVN auch, ja sehr intensiv selbst forschen, auch mit Unterstützung der Stadt teilweise, was die Mittel angeht, und da tauchen eben wirklich jetzt sehr interessante Ergebnisse auch auf, die man so nicht vermutet hat. Also, einmal ist die Frage: Welche Gruppen hat es gegeben außer denjenigen, die uns bisher bekannt sind? Was gab es noch, wie war die Zusammenarbeit? Wir haben Anfang des Jahres als AvS zusammen mit "Gegen Vergessen" hier eine große Tagung gemacht, in Hamburg, über zwei Tage mit über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die sich mit der Frage des Widerstandes, insbesondere allerdings der sozialdemokratischen Widerstandes, beschäftigt hatten. Diese Tagung werden wir nächstes Jahr noch einmal in ähnlicher Form machen, also auch wieder mit dem Schwerpunkt Widerstand, und würden uns da über Beiträge sehr freuen. Es ist immer die Frage auch der Struktur, und ich habe das ja vorhin auch nicht ohne Grund erwähnt, eben auch die Frage, wie hat man das eigentlich dann unterwandert, wie hat man es kontrolliert, eine ganz spannende Herausforderung. Und wie gesagt, noch leben zumindestens die Kinder und die sich eigentlich auch an solche Dinge noch erinnern können, auch ein ganz wichtiger Punkt.

Ein anderer Punkt, der in dem Zusammenhang unbedingt erwähnt werden muss, und nun schelten Sie mich nicht, dass Sie sagen, oh, da kommt er schon wieder mit einem neuen Thema, was man eigentlich da machen müsste. Wir haben in Hamburg über viele Jahre und Jahrzehnte, darf man inzwischen sagen, eine wirklich sehr gute und umfassende Beschäftigung mit dem Thema Zwangsarbeiter. Das ist so. Wir haben allerdings nur wenige Orte, wo daran gedacht wird, aber das Thema Zwangsarbeiter hat eine ganz besondere Dimension, wenn Sie sich, einmal abgesehen von den erschütternden Schicksalen, einfach einmal die Strukturen angucken. Also, die Gestapo hat im Wehrkreis X mit 340 Leuten gearbeitet, davon waren ungefähr 34 zuständig für die Überwachung der Zwangsarbeiter. In Hamburg allein reden wir von Zahlen zwischen 70 000 bis 100 000 Zwangsarbeitern in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges. Die sind von 34 Leuten kontrolliert und überwacht worden. Und diese Strukturen sich einmal anzuschauen, mit welchen Instrumentarien da gearbeitet wurde, macht eigentlich eine besondere Thematik noch einmal wieder deutlich, die unbedingt auch in den Schwerpunkt gehört beispielsweise. Und, wie gesagt, da sind wir ähnlich wie bei dem Thema Polizei und Polizeieinheiten dank von Forschung auch relativ weit, also da muss nicht noch groß neu geforscht werden, das liegt eigentlich alles auf der Hand. Aber dieses Zwangsarbeiter-Referat, so hieß das ja im Jargon der Gestapo – übrigens mit massiver Unterstützung der Polizeikräfte, der übrigen, also insbesondere der Schutzpolizei –, ist schon ein ganz besonderes Phänomen. Und der Widerstand selbst, da gebe ich Herrn Hackbusch recht, es gab in vielen Formen Widerstand, den wir aber in der Vergangenheit leider auch intensiv eigentlich so nicht erforscht haben. Das ist so und das gehört zu den großen Desideraten der Forschung bedauerlicherweise.

Zum Thema, was könnte man machen, empfehle ich doch einmal den Blick auf relativ bescheidende Schwerpunktsetzungen, weil es auch nicht anders ging, ist beispielsweise Münster mit der Villa ten Hompel, die ich in der Entstehungsgeschichte begleiten durfte, wo es im Wesentlichen um den Befehlshaber der Ordnungspolizei des Wehrkreises Münster geht mit einem massiven Einfluss auf die Niederlande. Eine hochinteressante Geschichte, Ausstellungsfläche 250 Quadratmeter, Gesamtfläche 1 500 Quadratmeter mit entsprechenden Räumlichkeiten, eine Institution der Stadt Münster. Und das EL-DE-Haus in Köln ist allseits bekannt, schon Ende der Achtzigerjahre entstanden mit ebenfalls einem hohen Stellenwert. Auch da ist es wirklich sehr interessant zu sehen, aus welchen Anfängen

sich das entwickelt hat, und heute wird dort auch Widerstand in Köln breit dargestellt. Also außerordentlich beeindruckend, abgesehen von der didaktisch-methodischen Gestaltung. Und die anderen Dinge muss ich nicht alle erwähnen, die meisten von Ihnen kennen sie, sonst beraten wir da auch herzlich gern.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Wersich.

Abg. Dietrich Wersich: Ja. Also ich habe Ihr Ansinnen sehr verstanden, die konkreten historischen Zusammenhänge aufzuklären, dort darzustellen, an die Opfer zu erinnern, an die Namen zu erinnern. Auf der anderen Seite finde ich, dass manches auch sehr apodiktisch ist und klingt und ich würde mir schon wünschen, dass der Weg noch einmal weitergegangen wird, auch andere Aspekte der aktuellen Erinnerungskultur mit einzubeziehen, auch gerade angesichts des Gesprächs über den Widerstand. Wir erleben heute in Deutschland bis in die politischen Gremien hinein ein Erstarren des Nationalismus und des Rassismus. Ich finde, wir müssten uns viel stärker mit der Zeit vor 1933 auseinandersetzen, wie diese Demokratie denn zerstört wurde und was das für Mechanismen waren. Da sehe ich auch gerade bei der Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten, glaube ich, eine immense Rolle und Funktion, auf heute bezogen deutlich zu machen, was zur Zerstörung dieser Demokratie geführt hat.

Denn es waren nicht die Nazis allein und sie hätten es auch nicht allein geschafft, sondern es haben viele an der Zerstörung der Demokratie mitgewirkt. Wir sind heute nicht in der Phase, wo wir Widerstand gegen den Staat leisten müssen, wie es nach '33 war, sondern wir sind heute in der Phase vor '33, wo wir über die Zerstörung der Demokratie, die innere Aushöhlung reden müssen. Deswegen wäre für mich noch einmal so wichtig, auch die anderen Aspekte des damaligen Beschlusses der Bürgerschaft sich vor Augen zu halten, nämlich sozusagen ganz Hamburg zu begreifen in einer Frage, wie gedenken wir an die verschiedenen Aspekte, und das nicht darauf zu beschränken, sage ich mal, die historischen Vorgänge darzustellen, sondern Formate zu schaffen, die verstehen lernen und daraus Konsequenzen für heute zu ziehen und für das Verständnis heute. Deswegen finde ich insbesondere diesen Gedanken des Lernortes ausgesprochen wichtig. Es wird vielleicht oder wahrscheinlich nicht der würdige Gedenkort für eine Kranzniederlegung für die Opfer, die es dort alle gab, aber es kann schon einer der Orte werden, an denen man im Alltag bei sogar alltäglichen Beschäftigungen des Konsums hingewiesen wird auf dieses grausame Kapitel und damit viel unmittelbarer getroffen wird, als wenn man sagt, ich plane einen Besuch in einer riesigen Gedenkstätte, wo ich ja weiß, dass ich da hingeh.

Also ich kann es nur aus meinem eigenen Erleben sagen: Als ich dieses Foto unseres Plenarsaals hier oben mit den SA-Leuten an den Ausgängen und den Hakenkreuzfahnen gesehen habe, war ich in einer Art und Weise erschüttert, das zu sehen, was ein mir vertrauter Raum einer stabilen Demokratie wenige Jahrzehnte vorher abgebildet hat. Und ich gebe zu, die Gedenktafel an die Opfer der Verfolgung, die wir im Treppenhaus haben, hat diese Erschütterung in mir nicht ausgelöst. So, und deswegen fände ich es schon gut und ich sehe diese Ansätze aus Ihren Schilderungen, deshalb ist es auch eher ein Plädoyer, sozusagen auf diesem Weg noch einmal weiterzugehen und zu sagen, was können wir denn für Erschütterungen im Alltag auch über eine solche Stätte bewegen, die wir vielleicht mit einer großen separaten Gedenkstätte vielleicht sogar gar nicht erzielen würden.

Also insofern würde ich mich freuen, wenn alle Beteiligten einen solchen konstruktiven Weg weitergehen und wenn wir wirklich das, was damals die Bürgerschaft auch beschlossen hat, diese Gesamtsicht auf Hamburg und die verschiedenen Orte, bewerten und dass wir nicht den Fehler machen, sozusagen jeden einzelnen Gedenkort mit einem anderen, möglicherweise viel bedeutenderen Gedenkort einer anderen Stadt zu vergleichen, sondern dass wir uns auch da antun, eine Gesamtschau des Gedenkens vorzunehmen, auch im Vergleich mit anderen Städten. Also, wie gesagt, mehr ein Plädoyer aus dem, was ich jetzt

gehört habe, als eine konkrete Fragestellung. Die Frage wäre, ob Sie sich vorstellen können, auch in dieser Richtung weiter in dem Prozess mitzuarbeiten.

Vorsitzende: Der Frage hat es gar nicht mehr bedurft. Herr Kopitzsch hat schon gleich deutlich gemacht, dass er antworten möchte. Herr Kopitzsch fängt an.

Herr Kopitzsch: Also Sie treffen ja bei mir genau den Richtigen, lieber Herr Wersich. Also Sie kennen, ich glaube, vielleicht ein bisschen meine Familiengeschichte und wissen ja, dass mein Vater als preußischer Polizeibeamter unter (...) in Altona 1933 entlassen worden ist, und Sie können sich ja auch dann sicherlich vorstellen, dass ich mit inzwischen fast 70 Jahren mich auch daran erinnern kann, was darüber erzählt wurde. Ich habe noch zahlreiche Kolleginnen, Kollegen kennengelernt, die ebenfalls wie er entlassen wurden. Deswegen ist das eine der zentralen Fragen für mich immer gewesen in meinem ganzen Werdegang und auch für meinen Bruder und für die ganze Familie. Es geht eben nicht '33 los, das ist völlig richtig, und deswegen müssen wir in dem Zusammenhang sehen – das habe ich ja auch versucht, vorhin deutlich zu machen –, wir müssen also genau schauen auf die Situation auch, natürlich nicht an dieser Stelle, aber des Kaiserreiches, wie sind die Strukturen denn da entwickelt worden. Wir reden in der Tat vor 1914 von zwei antisemitischen Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft, und welche Personen trifft man anschließend dann wieder. Wir reden von der Weimarer Republik, von der wir auch wissen, dass zahlreiche Länder ja schon 1932 von den Nationalsozialisten regiert wurden. Also das ist ja ein langwieriger Prozess. Der trifft auch übrigens die Staatspolizei in einem ganz besonderen Maße und deswegen lohnt es sich, das am konkreten Beispiel immer zu diskutieren.

Als der damalige junge Polizeileutnant Carl Breuer, später Leiter der Kriminalpolizei in Hamburg bis 1960, 1931 auf Anweisung der politischen Führung eingesetzt wurde in der Staatspolizei, um einmal da nach dem Rechten zu gucken – das ist jetzt kein Scherz –, ist er zunächst dort aufgelaufen und wurde erst einmal von den Mitarbeitern überwiegend negativ begrüßt so nach dem Motto, ah, jetzt kommt so ein bekannter Sozialdemokrat und Reichsbanner-Mann, wat will der denn. Carl Breuer hat sich da an den zuständigen Sachbearbeiter für die NSDAP gewandt – wir reden von '31 – und hat gesagt, ich hätte gern einmal ein Organigramm der NSDAP. Da sagt der, guckt der ihn an und sagt, mh, das habe ich nicht, aber ich könnte Ihnen ein Organigramm der SPD geben. Der Mann, der ihm diese Antwort erteilt hat, war übrigens (...) 1929 Nationalsozialist und in der Hamburger Staatspolizei zuständig für die Überwachung der NSDAP. Also, da haben wir die Punkte genau, die Sie ansprechen. Ich finde das völlig richtig.

Und wir(?) haben ja unter anderem jetzt kürzlich auch hier zu Gast gehabt in Hamburg Peter Reichel, der ein hochinteressantes Buch geschrieben hat über die Schluss..., also nicht über die Schlussphase der Weimarer Republik, sondern über die Schlussphase der Große Koalition 1929/30 und den Reichskanzler Hermann Müller. Also das sind ja alles Dinge, die genau auch in Hamburg diskutiert werden können und müssen, und deswegen finde ich die Anregung außerordentlich interessant. Und übrigens, bevor da irgendwelche anderen Dinge aufkommen, unser Arbeitskreis heißt nicht umsonst, Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten. Der Bundesparteivorstand hat vor zwei Jahren beschlossen, auch den sogenannten Häftlingskreis aus der ehemaligen DDR mit dieser Thematik mit uns zusammen zu führen und das ist eine kluge und vernünftige Struktur auch, denn es gibt auch andere Formen, das wissen wir alle. Aber wie gesagt, gerade die Vorgeschichte ist die, wie ich finde, spannende, und das ist das, was ja häufig für junge Leute ganz interessant ist, wie fängt so was eigentlich an. Und das sind tausend Dinge, da sind wir uns, glaube ich, völlig einig.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Streng.

Herr Streng: Ja, ich wollte zu Herrn Wersich in der Tat sagen, dass wir das auch im Beirat breiter diskutieren, gerade die Frage, was schon zurzeit der Weimarer Republik auch im Stadthaus los war. Aber die Frage ist, ob man eben den Raum hat, es an der Stelle auch darzustellen, oder wie man es dann fasst, denn der Herr Richter, der Polizeisenator, der ist zwar 1930 dann aus dem Dienst entfernt worden, aber es gab genug – Kopitzsch hat das eben angedeutet – die auch vor seiner Ernennung am 5. März oder 6. März 1933 schon auf dem entsprechenden Auge blind gewesen sind. Insofern muss man den Blick weiten.

Und was den Widerstand angeht, da ist jetzt schon einiges zu gesagt worden, der ist aber auch selbst an dem Ort, wie wir ihn jetzt nur provisorisch haben, ja keineswegs ausgeblendet. Wenn Sie die Menschen, die dort in Pappköpfen sozusagen abgebildet werden, sehen und die Richtungen verfolgen, worauf ... wo sie gewohnt haben, was mit denen passiert ist, dann finden sich da Namen, die natürlich auch mit der "Echo"-Versammlung vom Juni 1933 und dem Übern-Schnabel-Nehmen durch die Polizeidienststellen zusammenhängen, der Name Schönfelder ist genannt worden, Otto Grot ist genannt worden. Also das findet da schon statt. Aber es ist immer die Frage: Reicht das und kann man es so plausibel darstellen und ist das dann schon das Gedenken an den Widerstand in der Freien und Hansestadt Hamburg? Da sind wir uns, glaube ich, im Beirat am Ende auch einig, dass das nicht so gebührend hier dargestellt werden kann, wie es müsste. Und dann ist aber die nächste Frage ja sofort, kann man dieses, was Herr Wersich oder was Herr Czech als Netzwerk bezeichnet hat, oder wo Sie auch sagten, es ist übergreifend auf andere Standorte der Hansestadt Hamburg, dann noch die mit einbeziehen. Das muss man in der Tat auch beim Hannoverschen Bahnhof und so noch genau prüfen, ob man vom Ende zurückblicken kann und so. Das darf uns aber nicht davon freimachen, dass das Stadthaus das eigentliche Haus ist.

Ich wollte Herrn Hackbusch noch einmal eine ... einen Punkt wollte ich gern entgegenen, Herr Abgeordneter, wenn Sie gestatten. Das hörte sich so an, na ja, da sind ja Teile im Beirat, die verstehen sich so mehr oder weniger als verlängerter Arm der Kulturbehörde. Also, die Ausgangsposition hat Frau Karger sehr schön beschrieben. Am runden Tisch der Kulturbehörde ist sozusagen die Idee zum Beirat entstanden, die Kulturbehörde hat ihn berufen und wir – ich bleibe noch einmal bei dem Wort – schicken die Mitarbeiter der Kulturbehörde auch immer los, wenn es Richtung Quantum oder sonst wo geht. Aber wir sind nicht in dem Sinne der Dienstleister oder Büttel, sondern wir haben eine eigene Aufgabe und die nehmen wir auch ausnehmend kritisch wahr. Manche noch kritischer als andere, das haben Sie ja heute Abend auch schon gehört, und das sollte auch so weitergehen. Und politisch, weil Sie das auch so sagten, glaube ich, sind alle Mitglieder des Beirats sozusagen sensibilisiert, und selbst der Moderator, der ja Sprecher der regionalen Arbeitsgemeinschaft „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist, Kopitzsch hat auf die gemeinsame Veranstaltung zum Widerstand im letzten Jahr hingewiesen, auch mit Referaten, die man da gehalten hat, also da können Sie beruhigt sein.

Vorsitzende: Gut. Das war ja fast schon ein Schlusswort. Aber Herr Czech, Sie wollten ergänzen? Das ist der Griff zum Mikrofon, interpretiere ich so.

Herr Dr. Czech: Ja. Ja, nur ganz kurz. Ich meine, im Grunde meine Antwort können Sie aus meinen vorangegangenen Aussagen schon entnehmen. Ich sehe auch eine ganze Reihe zukünftiger Ausstellungsthemen vor uns, die sicherlich auch dann in größeren Dimensionen nach der Renovierung möglich machen, diese Themen noch einmal zu erschließen an anderer Stelle. Tatsächlich ist der Punkt, den Herr Streng eben schon erwähnt hat, der steht eigentlich im Zentrum der Arbeit des Beirats und des Streitens und Ringens des Beirats, was funktioniert an dem Ort. Denn es kann nicht darum gehen, irgendwie irgendwelche Informationen da bereitzuhalten, sondern das ist der Punkt, mit dem wir uns intensiv auseinandersetzen, welche Art der Information und Informationstiefe und Informationsvermittlung ist an dem Ort oder an den verschiedenen Komponenten des Ortes – das muss man ja schon sagen – tatsächlich möglich und was funktioniert und was

funktioniert auch unter Umständen – das ist immer tatsächlich meine persönliche Perspektive –, was funktioniert im Sinne einer Erstinformation, im Sinne einer Berührung des Themas, die auch wirklich dazu führt zu sagen, das ist etwas, was für Hamburg von zentraler Wichtigkeit ist, für die hamburgische Geschichte. Da spielt der Widerstand sicherlich eine Rolle und er ist immer wieder Gegenstand der Diskussion auch gewesen. Man muss schauen, schafft man es, diese Biografien und diese biografische Ebene tatsächlich dort in eine angemessene Darstellung zu bekommen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Kerth.

Frau Kerth: Entschuldigung, zum Letzten nur noch eine Bemerkung. Natürlich spielen Biografien beim Thema Widerstand eine Rolle, ja. Weil, Biografien sind es, die deutlich machen, was waren es für Menschen, die Widerstand geleistet haben, was hat sie zum Widerstand getrieben, was hat sie zum Widerstand ermutigt und wie ist es ihnen damit gegangen. Das ist ein ... also ist, würde ich einmal sagen, die Grundlage, ja. Aber selbstverständlich ist es damit ja allein nicht getan. Es geht natürlich auch darum, wie haben Menschen es geschafft, unter den Bedingungen eines solches Terrornetzes, wie es im Stadthaus vorhanden war, miteinander zu kommunizieren, immer wieder sozusagen neue Beziehungen aufzubauen und so weiter und so fort. Wie hat, was hat Widerstand geleistet, welchen Hintergrund hat es? Das ist natürlich, wenn man zum Beispiel nach Ohlsdorf geht, auf das Ehrenfeld Geschwister-Scholl-Stiftung, und sich anguckt, welche Menschen liegen dort, und dort liegen ja alle, die verfolgt worden sind, und sehr viele darunter, die Widerstand geleistet haben, dann stellt man halt eben doch fest, es sind zu einem erheblichen Teil Sozialdemokraten und Kommunistinnen und Kommunisten gewesen. Das heißt, es muss ja auch sozusagen dargestellt werden, warum hat es einen solchen Widerstand ausgerechnet unter der Arbeiterschaft gegeben und nicht anderswo. Das gehört meiner Meinung nach schon alles auch zur Darstellung von Widerstand. Also nicht nur Biografien.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank für diese Klarstellung. Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Doch, René, Herr Gögge.

Abg. René Gögge: Ja, eine Frage möchte ich dann doch auch noch einmal gestellt haben. Also, wir haben ja vorhin noch einmal erwähnt und Sie wissen das ja spätestens seit dem 17. November, dass es also künftig eine wissenschaftliche Stelle zur Begleitung der Aktivitäten im Stadthaus geben wird. Und da würde mich dann schon noch einmal interessieren, welche Erwartungen, Hoffnungen, Anforderungen Sie damit verbinden mit dieser einzurichtenden E13-Stelle, welche Perspektiven können sich da bieten.

Vorsitzende: Frau Kerth, machen Sie den Anfang?

Frau Kerth: Ich könnte dazu noch einen Satz sagen, dass zu der Stelle jetzt die Fläche hinzutritt, auf der die Stelle wirksam werden kann.

Vorsitzende: Vielen Dank. Gibt es weitere Bemerkungen dazu? Herr Streng.

Herr Streng: Also ich will nur darauf sagen, was wir uns nicht vorstellen, das, glaube ich, stellt sich Frau Kerth auch nicht vor, dass das jemand ist, der sitzt dann manchmal im Café und manchmal in der Buchhandlung und manchmal in den 50 Quadratmetern und wartet, dass jemand erscheint. Also, das muss schon eine andere Qualität haben. Und es ist auch nicht jemand, der bei Herrn Dr. Garbe und Herrn Diercks über den Durst in Neuengamme sitzt und dann einen halben Tag die Woche einmal beim Stadthaus vorbeiguckt und fühlt, wie denn da so die Lage ist. Also, das muss schon sehr genau überlegt werden, auch mit den Kundigen in der Stadt, die wissen, wie wissenschaftliche Begleitung und Aufbereitung geht. Aber ich bin ganz optimistisch, dass man das hinkriegen wird, und vielleicht wird der Beirat sich ja erlauben, dazu auch noch Vorstellungen zu entwickeln und diese kundzutun.

Vorsitzende: Herr Czech.

Herr Dr. Czech: Ja, wenn ich nur kurz ergänzen darf. Also wenn wir über Netzwerk- oder Gedenkstättenlandschaft oder so etwas reden, dann sind das zwar Orte im ersten Blick, aber natürlich kommunizieren nicht Orte miteinander, sondern man braucht jeweils Vertreter, Ansprechpartner mit einer spezifischen Kenntnis dieser Orte, die miteinander dann zusammenwirken können im Idealfall, um Konzepte zu erarbeiten, auch Vermittlung, das ist ja ein ganz wesentlicher Aspekt. Das alles ist ja nicht automatisch da, indem man die Informationen hat. Die Art der Aufbereitung, die Art der Fortentwicklung, die Art der Einbringung in andere Systeme, wenn sie an Darstellungen in der Öffentlichkeit, ob Website und so weiter, sind, all das muss erarbeitet werden und dafür ist so ein zentraler Vertreter mit der entsprechenden Kompetenz dieses Ortes von unersetzlicher Bedeutung.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Habe ich weitere Wortmeldungen übersehen? Das habe ich nicht. Gut. Meine Damen und Herren, dann stelle ich fest, dass wir ans Ende unserer heutigen Anhörung gekommen sind. Das ist nicht das Ende der Beschäftigung dieses Ausschusses mit dem Thema, ich denke, das ist schon deutlich geworden. Wir werden als Nächstes dann weitermachen mit dem Thema in ... und einer Senatsbefragung.

Ich bedanke mich recht herzlich für die Beteiligung, für all die Auskünfte, die Sie uns hier heute erteilt haben, und ich bedanke mich im Namen des Ausschusses – ich denke, das kann ich auch tun – bei dem gesamten Beirat für die geleistete Arbeit.

Sie haben uns heute noch einmal eindrücklich vor Augen geführt, wie schwierig die Befassung mit dieser gesamten Thematik ist, wie komplex die Fragestellung ist und wie viel – ja – Arbeit auch für uns als Ausschuss oder als Politikerinnen und Politiker noch vor uns liegt. Und die Frage des Widerstands, das ist natürlich auch eine, die uns als Abgeordneten sehr naheliegt. Gut. Nochmals vielen herzlichen Dank. Ich werde jetzt die Sitzung für drei Minuten unterbrechen. Sie können gern hierbleiben und uns bei dem nächsten Tagesordnungspunkt zuhören, aber ansonsten wünsche ich Ihnen natürlich auch einfach einen schönen Nachhauseweg. Und nochmals vielen herzlichen Dank.

Zu TOP 2

Keine Niederschrift; siehe Berichterstattung an die Bürgerschaft.

Zu TOP 3

Mögliche Selbstbefassung zum Thema „Programm des Stadtkurators“

Die Vorsitzende berichtete von der Bitte des Stadtkurators, dem Ausschuss im Rahmen einer Selbstbefassung sein Programm vorstellen zu dürfen. Sie bat die Obleute, sich dazu Gedanken zu machen und ihre Haltung dazu mitzuteilen. Sie würde dieses Vorhaben begrüßen und sagte zu, den Brief des Stadtkurators an die Obleute weiterzuleiten.

Sachstand City-Hof

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten den aktuellen Sachstand dar: Nach Durchführung der Advisory Mission durch ICOMOS International hätten sie einen Berichtsentwurf mit der Bitte um einen Factual Error Check erhalten und ICOMOS daraufhin über das Auswärtige Amt und das Welterbezentrums inhaltliche Korrekturen und Hinweise bezüglich anderer Interpretationen übermittelt. Eine Antwort darauf durch ICOMOS

international sowie das endgültige Gutachten stünden noch aus. Um zügiger voranzukommen, habe es Anfang November ein Gespräch beim UNESCO Welterbezentrum mit der zuständigen Vertreterin im Auswärtigen Amt und dem Welterbekoordinator der FHH gegeben, nach dem man eine gemeinsame Stellungnahme zwischen der Bundesrepublik, der UNESCO und ICOMOS International bezüglich des Vorgehens habe erarbeiten wollen. Den für eine Diskussion darüber avisierten Termin am 23. November habe ICOMOS International aber abgesagt und mitgeteilt, dass es sich nicht an einer gemeinsamen Stellungnahme beteiligen wolle. Auf die Frage nach dem weiteren Verfahren nach Übersendung der Stellungnahme zum Factual Error Check habe das Welterbezentrum dem Auswärtigen Amt geantwortet, dass es sich aus seiner Sicht um eine nationalstaatliche Angelegenheit handele. Da zudem nicht geplant sei, das Hamburger Thema für die nächste Sitzung des Welterbekomitees anzumelden, gehe das Auswärtige Amt davon aus, dass die UNESCO das Thema nicht weiter verfolgen werde. Dies hätten die Senatsvertreterinnen und -vertreter bekanntgegeben, zumal die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes nach der Advisory Mission das einzige gewesen sei, das ihnen zur Verfügung stehe, und auch sie täglich Nachfragen zu dem Thema erreichten. Am Abend der Bekanntgabe habe ICOMOS ein Statement herausgegeben, dass die Senatsvertreterinnen und -vertreter sie falsch zitiert hätten. Letzteres sei aber nicht der Fall, da noch gar nichts vorliege, woraus sie hätten zitieren können. Treffe der abschließende Report von ICOMOS ein, würden sie ihn - ggfs. mit ihren Kommentierungen - veröffentlichen.

Anknüpfend an die Worte der Senatsvertreterinnen und -vertreter vor Eintritt in die Tagesordnung merkten die CDU-Abgeordneten an, dass aus deren soeben erfolgten Ausführungen durchaus deutlich geworden sei, dass der Senator für Kultur und Medien in diesem Ausschuss für das Thema zuständig sei und die BKM intensiv gehandelt habe. Dies spreche dafür, den Denkmalschutz auch künftig weiter im Kulturausschuss und nicht nur im Stadtentwicklungsausschuss zu behandeln.

Sie konstatierten, dass sich der Senat durch sein Verhalten in eine ausgesprochen missliche Lage gebracht habe: Er habe in der Öffentlichkeit und in der Bürgerschaft geäußert, dass er ohne eine quasi „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ der UNESCO den Abriss nicht vornehmen werde. Diese – und selbst der von Hamburg beauftragte Bericht – liege aber faktisch nicht vor, während eine Presseerklärung den Eindruck erweckt habe, als gebe es eine Einschätzung, nach der der Umgang mit dem City-Hof für das Weltkulturerbe aus Sicht der UNESCO keine Rolle spielen würde. Vor diesem Hintergrund fragten sie, ob die Pläne und Vorgänge vor Ort gestoppt seien und der Senat darauf verzichten werde, mit bestimmten Maßnahmen vollendete Tatsachen zu schaffen. Für sie sei der Erhalt des Denkmals als solches der zentrale Punkt; würden Fakten geschaffen, wäre es unwiederbringlich verloren.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten klar, dass ICOMOS einen Bericht mit Ratschlägen für die in der Stadt Zuständigen abgeben werde und dass das UNESCO Welterbezentrum entschieden darauf hingewiesen habe, dass die FHH diese Ratschläge begutachten und dann entscheiden müsse, wie sie damit umgehen wolle. Dieser Bericht liege noch nicht vor. In der Entwurfsfassung von ICOMOS heiße es, dass der City-Hof im Hinblick auf das Welterbe „does not contribute, but supports“. Dies werde in der Community so verstanden, dass er, wie alles in der Pufferzone, in Bezug auf das Welterbe wahrgenommen werden müsse, er selbst aber keinen Beitrag dazu leiste, sodass eine Entnahme für den Welterbestatus als unerheblich aufgefasst werden könne. Sie betonten, dass die UNESCO nie mehr tun werde, als eine staatlich zuständige Stelle dazu aufzufordern, nach Betrachtung der Ratschläge eine Entscheidung zu treffen. Sie werde nie eine Erlaubnis aussprechen und befasse sich üblicherweise auch kaum mit Entwicklungen in Pufferzonen, sondern nur in Kernzonen.

Der FDP-Abgeordnete begrüßte die Einigkeit darüber, dass der Denkmalschutz auch weiterhin in den Kulturausschuss gehöre, zumal aus seiner Sicht deutlich geworden sei, dass man in dieser Frage ganz konkret über Denkmalschutz spreche. Er wundere sich, dass

die Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage von Mitte November nicht die soeben bekanntgegebene und schon der Zeitung zu entnehmende Information enthalten habe. Diese knappe Haltung der Senatsvertreterinnen und -vertreter schaffe in dem bereits seit Monaten mit großem Misstrauen behafteten Verfahren kein Vertrauen in die Entscheidung des Senats. Er bekräftigte die erwähnten Bedenken der CDU-Abgeordneten, insbesondere wenn auf Grundlage eines Berichts, der noch nicht in seiner abschließenden Fassung vorliege, Veröffentlichungen gemacht würden, nach denen die Senatsvertreterinnen und -vertreter ihn als einen „Freifahrtschein“ deuteten, und Letzteres von den Vertreterinnen von ICOMOS am selben Tag revidiert werde. Auch wenn die Senatsvertreterinnen und -vertreter immer wieder darauf hinwiesen, dass die City-Hochhäuser nicht Teil des Weltkulturerbes seien, sondern sich nur in der Pufferzone befänden, müsse die Frage gestellt werden, wozu es einer Pufferzone bedürfe, wenn das, was in ihr geschehe, völlig gleichgültig sei. Aus der Tatsache, dass diese Institutionen keine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ erteilten, dürfe man nicht ableiten, dass ein Abriss möglich sei. Er hoffe, dass man über dieses Thema weiter in dem für den Denkmalschutz zuständigen Kulturausschuss sprechen werde, und dass die Befürchtungen bezüglich möglicher „Hinterzimmertricksereien“ sich nicht bestätigten. Des Weiteren wünschte er, dass es keine weiteren Anlässe für derartige Mutmaßungen geben möge.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, den Vorwurf der „Hinterzimmertricksereien“ zu hören, wiesen aber mit Bezug auf eine Äußerung des UNESCO Welterbezentrums darauf hin, dass es sich bei denjenigen, die in Paris Druck ausübten, um die Abrissgegner mit ihrer ungewöhnlichen Flut von Telefonaten, Mails und sonstigen Interventionen handele. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter hätten alle ihre Beziehungen zum Welterbezentrum dargestellt und bezeichneten die Annahme als absurd, dass sie aufgrund ihrer Macht die UNESCO in Hinterzimmern zu etwas zu bringen könnten. Sie äußerten die Sorge, dass die Idee des Welterbes durch die Art und Weise beschädigt werde, in der momentan ein Weltkulturerbe herangezogen werde, um ein einfaches Denkmal in der Pufferzone zu sichern.

In Rede stehe die Frage, ob die Veränderung in der Pufferzone Auswirkungen auf die Wahrnehmbarkeit, Gestaltung, Zugänglichkeit und Funktion des Welterbes habe. Dabei sei es unerheblich, ob der City-Hof ein eingetragenes Denkmal sei oder nicht. Die Entscheidung, ein Denkmal zu entnehmen, habe der Senat in einer Abwägung öffentlicher Interessen getroffen. Diese sei gemäß § 9 II des Hamburger Denkmalschutzgesetzes zulässig, wenn man dazu in der Sache auch anderer Meinung sein könne.

Sie fügten hinzu, dass ein erster Begründungsentwurf am Anfang des Verfahrens um den Welterbestatus auf eine Entwicklungsgeschichte funktionaler Bauten in Handels- und Hafenstädten vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Nachkriegszeit abgehoben habe. Diese Begründung, in die man den City-Hof hätte mit aufnehmen können, habe ICOMOS aber seinerzeit in seinem Gutachten, das der Eintragung zugrunde gelegen habe, als nicht erheblich gestrichen. Ihm sei es um die Gebäudetypen und die Materialität gegangen, weshalb auf die vor dem zweiten Weltkrieg errichteten Backsteingebäude abgehoben und ein 50er-Jahre-Bau mit in die Kernzone hineingenommen worden sei, der die Materialität und die Gestaltungsform des klassischen Kontorhausviertels aufgenommen habe. Die anderen seien ausdrücklich nicht einbezogen worden. Die Frage nach dem Denkmal und der Pufferzone habe, so die Senatsvertreterinnen und -vertreter, in dieser konkreten Verquickung keinerlei inneren Bezug.

Der Abgeordnete der GRÜNEN dankte den Senatsvertreterinnen und -vertretern, dass sie trotz der Federführung für dieses Thema im Stadtentwicklungsausschuss hier den aktuellen Stand referiert hätten, zumal sehr viele Gerüchte im Umlauf seien. Man sehe nun, dass alle Vorwürfe bezüglich fake news und ähnlichem jeglicher Grundlage entbehrten. Er begrüße, dass die Gedanken an Verschwörungstheorien und eines Drucks der FHH auf die UNESCO hier noch einmal ausgeräumt worden seien, und empfehle, bei dem zu bleiben, was die Faktenlage hergebe. Dafür seien die Ausführungen der Senatsvertreterinnen und -vertreter sehr hilfreich gewesen.

<p>Gabi Dobusch (SPD) (Vorsitz)</p>	<p>Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE) (Schriftführung)</p>	<p>Dr. Monika Potzta (Sachbearbeitung und f.d.R. des Wortprotokolls)</p>
---	--	--